

# Arbeiterzeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Der Kampf / Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jugend

**Sammelt Pulver**  
für den Wahlfonds  
der KPD  
für Sieg der Liste 4

Abbestellungspreis: die neunmal gelieferte Hauptausgabe oder deren Ersatz für die Familienangehörigen 20 Pf., für die Familienangehörigen (ausländische) 30 Pf., für die Familienangehörigen (ausländische) 40 Pf., für die Familienangehörigen (ausländische) 50 Pf., für die Familienangehörigen (ausländische) 60 Pf., für die Familienangehörigen (ausländische) 70 Pf., für die Familienangehörigen (ausländische) 80 Pf., für die Familienangehörigen (ausländische) 90 Pf., für die Familienangehörigen (ausländische) 100 Pf.

6. Jahrgang Dresden, Freitag den 15. August 1930 Nummer 189

## Massenentlassungen bei der Dresdner Straßenbahn

Straßenbahner heraus zum Kampf für den Siebenstundentag, dem einzigen Schutz gegen Massenentlassungen

Am 14. August teilt die Straßenbahn-Direktion dem Betriebsrat offiziell mit, daß am Montag dem 18. August 150 Straßenbahner, in diesem Falle Aushilfsleute, entlassen werden sollen.

Nach den Mitteilungen des christlichen Betriebsratsvorsitzenden Kiedel und des Direktors Schönder seien aber auch noch eine weitere Anzahl händiger Schaffner und Führer überflüssig. Da die wirtschaftliche Krise weiterhin anhalten werde, sei auch damit zu rechnen, daß weitere Betriebsbeschränkungen und damit weitere Entlassungen vorgenommen würden. (Aushilfsleiter Bericht in der Sonnabendausgabe.)

Kopfhalt von 47.577 auf 45.000 herabgesetzt werden, was einer Entlassung von 2577 Eisenbahnern gleichkommt. Der Abbau ist sofort in Angriff zu nehmen und muß bis 31. Dezember durchgeführt sein. Zu diesen Entlassungen von Stammarbeitern kommen noch die Entlassungen aller Zeit- und Aushilfsarbeiter, so daß im Direktionsbezirk Dresden im Laufe dieses Jahres

zirka 7000 Eisenbahner noch aus Straßenplätzen fliegen.

Bei den Entlassungen der Stammarbeiter werden die Bahnhöfe mit 800 Mann, die Bahnhofsstellen mit 638 Mann betroffen. Die Entlassungen erfolgen in vollem Einverständnis mit dem geschäftsführenden Ausschuss des Hauptbetriebsrates, der sich nur aus Mitgliedern des EDB zusammensetzt.

### Dorpmüller diktiert

2337 Eisenbahnerentlassungen in Dresden / Verleumdung und Griffen Tausender wird dem Profit geopfert

Die Reichsbahnhauptverwaltung hat einen Erlaß an die einzelnen Direktionen herausgegeben, die Kopfhalt der Beschäftigten weiter zu senken. Im Direktionsbezirk Dresden soll die

## Einheitskomitee gegen Youngsteuern faschistische Diktatur und Hunger

Freitag, den 15. August  
Sitzung im Kaulbachhof, Dresden-A. Alle Betriebsräte und proletarischen Massenorganisationen Dresdens sind dazu eingeladen. KPD, Bezirksleitung Sachsen

## Der Giegeszug des Kommunismus

14 neue Ortsgruppen der KPD in den letzten Wochen in Sachsen gegründet Unterbezirk Sächsa an der Spitze

Dresden, den 15. August.

Vom Bezirkssekretariat der KPD Sachsen erhalten wir eine Mitteilung über die neugegründeten Ortsgruppen der KPD in den letzten Wochen. Insgesamt wurden 14 neue Ortsgruppen gegründet. Sie verteilen sich wie folgt: Unterbezirk Sächsa 5 Ortsgruppen: Borsdorf, Gebirge, Schönerstadt, Schellenberg und Ruhau; im Unterbezirk Pirna 2 Ortsgruppen: Friedrichsvalde, Gersdorf, Bursdorf; im Unterbezirk Zittau: Zittau; im Unterbezirk Chemnitz: Chemnitz; im Unterbezirk Leipzig: Leipzig; im Unterbezirk Borna: Borna; im Unterbezirk Dresden: Dresden.

Die KPD wächst nicht nur zahlenmäßig, sondern sie schafft auch organisatorische Einheiten auf dem ländlichen Lande. Die KPD tritt ebenso wie in den Betrieben auch ein in das immer mehr neubewohnte Dorf, um auch hier die Kämpfe der Massen gegen das immer größer werdende Elend in Youngdeutschland zu organisieren. Die Weibkraft der KPD kommt in diesen außerordentlichen Erfolgen klar zum Ausdruck. Immer breitere Massen schlossen sich dem Kommunismus an. Immer breitere Massen schlossen sich dem Kommunismus an. Immer breitere Massen schlossen sich dem Kommunismus an.

treten, in der es u. a. heißt: „Ich mache jeden Jungarbeiter aufmerksam, der noch in der NSDAP ist, die Augen aufzumachen und sich in den kommunistischen Jugendverband einzureihen. Ich habe eingesehen, daß die NSDAP für den Arbeiter nicht das Richtige ist. Jetzt kämpfe ich als Prolet für unser Vaterland.“ Unterzeichnet ist diese Erklärung mit Helmut Domske, Berlin-Oberhohenschloß.

### Wahlpulver für die Liste 4

Zschopau bei Dresden	20,-	RM
Dresden-Leuben	7,-	„
Mittweida	50,-	„
Mittweida-Markersbach	20,-	„
Weißenhof bei Freital	8,-	„
Crimmitschau	20,-	„
Hähnichen bei Dresden	12,-	„
Radeberg	110,-	„
Bautzen	20,-	„

Bemerkenswert ist immer wieder, daß diese Beträge von nur wenigen Genossen gesammelt wurden. In Radeberg beispielsweise sammelten zwei Genossen in kurzer Zeit 85 RM, zwei andere 25 RM. Wenn es die anderen munter werden, dann wird die politische Situation erst richtig ausgenutzt werden können.

Die USV Bautzen forderte mehr Sammelkisten an, weil sie mittlerweile den Beschluß gefaßt hatte, daß jedem Mitglied eine Sammelkiste zugestellt werden muß, und daß darüber auch eine genaue Kontrolle geführt wird. Besonders kontrolliert wird die Sammelaktion in den einzelnen Betriebs- und Straßenzellen.

### Ort der neuen Ortsgruppe Reibersdorf

Nach vor Redaktionsschluss erfahren wir, daß in Reibersdorf bei Zittau eine neue Ortsgruppe der KPD gegründet wurde, die sich auch ein Gemeindebeamter anschloß.

### Nazi-Jungarbeiter tritt in KPD ein

Berlin, 14. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Ein Jungprolet der NSDAP ist in den kommunistischen Jugendverband mit einer Erklärung eingetreten.

## Krieg den Millionären!

Dresden, den 15. August.

Mit eisernem Griff würgt die Bourgeoisie das wertstätige Volk. In allen Betrieben steigt sie vor und versucht, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse tief unter das Existenzminimum herabzudrücken, um den Profit zu retten. Dabei arbeiten sich Kapitalisten, Verbandsbongon, die nationalsozialistischen Volksbetrüger und Streikbrecher gegenseitig in die Hände. Sie vertreiben ihre Rollen. Durch Lüge, Betrug und Terror versuchen sie die proletarischen Massen zu verwirren und vom Kampf um die Existenz abzuhalten. Aber schon wächst die Einheitsfront der Arbeiter. Selbst die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, Proletarier, die Jahrzehnte in der SPD organisiert waren und Funktionen bekleideten, erkennen ganz plötzlich die verbrecherische Politik der SPD-Führer und der Gewerkschaftsbongon. Die Arbeitermitglieder der NSDAP verlassen die korrupte Hitlerpartei.

Die KPD, die am vorigen Sonnabend und Sonntag ihre glänzende Sachkonferenz durchführte, hat die Aufgaben für die Kämpfe umrissen.

Jetzt gilt es, unter allen Umständen den Kampf gegen

### So wird es gemacht!

## Arbeiter antworten mit Streik

### Metallarbeiterstreik gegen Lohnabbau

Die Belegschaft der Eisengießerei Köhler in Zeuzenroda ist am Dienstag in den Streik getreten. Die Firma versuchte einen Lohnabbau von zirka 17 Pfennig zu diktieren, was sich die Arbeiterschaft nicht gefallen ließ. Als diese den Betrieb verließ, forderte die Betriebsleitung vom Arbeitsnachweis Streikbrecher an. Der Kampf steht unter Führung der KPD. Wo bleiben die Metallarbeiter Sachsens?

### Holzarbeiterstreik in Hößl

Am Mittwochvormittag ist die Belegschaft der Möbelfabrik Heit & Habraet, Am-Unterliederbach, in Stärke von etwa 80 Mann, in den Streik getreten. Befahrung war in der Holzindustrie des Rheinlandes am 1. August abgefallen und die Firma wollte jetzt einen

Lohnabbau von 6 Pfennig pro Stunde vornehmen, während die Arbeiter eine Erhöhung des Lohnes um 4 Pfennig pro Stunde (auf den Spitzenlohn für Großfrankfurt) fordern.

### 3000 Wohlfahrtsarbeiter in Essen im Streik

50 Pfennig Tagelohn für Jungarbeiter!

Essen, 14. August

Die Essener Wohlfahrtsarbeiter sind die Antwort auf den 12 1/2-prozentigen Lohnraub nicht schuldig geblieben. Über 3000 Wohlfahrtsarbeiter führten die Parole der revolutionären Gewerkschaftsopposition — einen geschlossenen ein-tägigen Proteststreik — durch. Beim Abbruch des Proteststreiks zogen die Wohlfahrtsarbeiter nach dem Republikplatz, wo ein Vertreter der KPD unter dem Beifall der christlichen, sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Wohlfahrtsarbeiter die oppositionellen Forderungen propagierte. Der Streik der Essener Wohlfahrtsarbeiter ist ein glänzender Kontakt zum Erwerbslosenmarich im Ruhrgebiet am 15. August.

### Die Angestelltenentlassungen werden durchgeführt

Bongon, Unternehmer und Regierung gegen die Berliner Angestellten

Berlin, 15. August. (Eigene Drahtmeldung.) Auf Einladung des Reichsarbeitsministers haben in der Frage des Angestelltenabbaues in der Berliner Metallindustrie Verhandlungen stattgefunden über die Rücknahme der ausgeprochenen Bedingungen und die Einführung der Kurzarbeit. Über die Streitfrage sollen mit den Direktoren der in Frage kommenden Betriebe unter Hinzuziehung der Organisations- und Verhandlungsstellen des Reichsarbeitsministeriums am 15. August Verhandlungen stattfinden. Das Ergebnis der Verhandlungen in der Reichsarbeitsministerkonferenz am 15. August wird dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt werden.

### Verhandlungen im Bomagistreik

Gewerkschaftsbürokraten zum Verrat bereit

Am Dienstag fanden unter dem Vorsitz des Fläuerer Oberbürgermeisters Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband und der Bomagdirektion statt, die nach achtstündiger Beratung abgebrochen wurden. Die Bomagdirektion hält ihre Forderung nach einem 15prozentigen Lohnabbau voll aufrecht. Wie die Länge der Verhandlungszeit beweist, bemühte sich die Metallarbeiterbürokratie unter Führung des Vorstandsmitgliedes Schliebedt, eine Einigung auf der Grundlage eines geringeren Lohnabbaus zu erzielen. Der Bomagstreik soll abgemindert werden. Die Arbeiterschaft muß einen neuen Verrat der Reformisten verhindern. Das ist nur möglich durch die aktive Unterstützung der Bomagarbeiter, durch die Aufnahme des Kampfes in den übrigen Metallbetrieben.

den Bemühungsfeldzug der herrschenden Klasse zu organisieren.  
In den Betrieben müssen die Kampfausschüsse gebildet werden. In jeder Abteilung müssen Vertreter der Arbeiter, Angestellten, der Arbeiterinnen und der Jungproleten in die Kampfausschüsse gewählt werden. Die ganze Belegschaft gilt es, zu mobilisieren.

Gegen jede Entlassung, gegen jede, auch die geringste Kürzung der Löhne oder Gehälter, gegen jede, auch die geringste Nationalisierungsmassnahme gilt es, für die Forderungen aller Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungproleten, für den Streiktag bei vollem Lohnausgleich zu kämpfen.

Die Kapitalisten, die Millionäre, die Trust- und Kartellgruppen sollen die Kosten des kapitalistischen Zusammenbruchs tragen. Die Arbeiter und Angestellten, die Arbeiterinnen und Jungproleten müssen um ihr Leben kämpfen. Am das Leben kämpfen, heißt in einheitlicher Kampffront den Ausbeutern entgegenzutreten, heißt aber auch entschlossen dem Verrat und dem Feind entgegenzutreten.

Nicht nur die Arbeiter, sondern die gesamte Öffentlichkeit ist durch die schamlose Prostitution der Kapitalisten gefährdet. Die Entlassungen bei den Eisenbahnern und bei den Eisenbahnerinnen bedeuten eine ungeheure Zunahme der Verschwendung. Deshalb muß die gesamte werktätige Öffentlichkeit gegen das verheerliche Treiben der Kapitalisten aufstehen. Die herrschende Klasse kann nur durch eine mächtige revolutionäre Einheitsfront aller Werktätigen in ihrem verheerlichen Verschwendungsfeld geschlagen werden. Die Lösung aller Weltfragen muß deshalb sein: Krieg den Millionären und ihren Helfershelfern, damit die Werktätigen in Stadt und Land leben können. Am 14. September wird die Kriegserklärung der Werktätigen an die Millionäre die Wahl der Liste 4 sein, ein Bekenntnis, daß nicht das Parlament der Bürger, sondern die Völkermacht der Arbeiter und Bauern das werktätige Deutschland aus der Katastrophe rettet.

### Großbankier als Geldgeber der Hitler-Partei

Emil Kirdorf ist Aufsichtsratsvorsitzender der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft (GBAG).

Emil Kirdorf ist einer der Hauptmänner des Stahltrasts.

Emil Kirdorf ist Aufsichtsratsmitglied der durch den Zusammenschluß der Deutschen Bank und der Disconto-Bank entstandenen Dedi-Großbank.

Emil Kirdorf, einer der Finanzgewaltigen Deutschlands, berüchtigter kapitalistischer Scharfmacher des Ruhrgebiets, war Hitlers Ehrengast beim Nürnberger Parteitag der NSDAP.

In Kirdorfs GBAG-Aufsichtsrat sitzt auch Hugenberg, der sich die Hitler-Partei für einen Wahlpakt für seine reaktionären, volkseindlichen Pläne gekauft hat.

Über die Zeche Monopol sind — wie die „Weltbühne“ enthält — in jüngster Zeit Kirdorfs Gelder zur Neugründung von nationalsozialistischen Zeitungen gegeben worden. Was ist die NSDAP?

Die gekaufte Streikbrecherpartei im Dienste der berüchtigten Jungausbeuter.

### Im Dienste der Großbankiers und Schwerindustriellen!

## Der heldenhafte Kampf in Nordfrankreich

Trotz Mobilgarden und Verrat unerschütterte Streikfront

Paris, 15. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Kampffront der Streikenden im Nordwestgebiet ist unerschütterter. Die Mobilisierung immer größerer Mengen Gendarmerie- und Mobilgarden ist nicht imstande, die Streikmassen zu zerschlagen, die unter Führung der revolutionären Gewerkschaften und der kommunistischen Partei Frankreichs durchgeführt werden, zu verhindern. Aber auch die Heftkampagne der bürgerlichen Presse und die Propaganda der Rekruten für die Rückkehr in jene Betriebe, die die Vorkriegsproduktion in Form von neuen Abhängen für die Sozialversicherung bewilligen, war erfolglos. In Roubaix und anderen Orten fanden hartbesetzte Streikversammlungen statt.

Nach Meldungen aus Paris beträgt die Zahl der Streikenden in Nordfrankreich immer noch 80.000. An ein baldiges Ende des Streiks ist nach Lage des Kampfes nicht zu denken. Die Regierung versucht, durch eine Unterwerfung der Lage im Streikgebiet den Kampf abzumürgen. Es ist bisher nicht gelungen, eine nennenswerte Zahl von Arbeitswilligen zu finden.

### Polnische Metallindustrielle greifen an

Breslau, den 14. August.

Der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännliche Verein in Katowitz hat das Abfordernabkommen in der Eisenindustrie gekündigt.

### Professor Hoetzsch schreibt:

#### „Und dann geht das kapitalistische Europa unter“

In den „Leipziger Nachrichten“ schreibt der bekannte Prof. Hoetzsch folgende Artikel über die Lage in der Sowjetunion. Am Mittwoch, dem 13. August, erschien ein Artikel zu den Kriegsauswirkungen des Kapitalismus gegen die Sowjetunion. Da lautet er u. a.:

„Europa hat nunmehr über ein Jahrzehnt mit der Tatsache rechnen müssen, daß Rußland wieder da ist. Ein banaler Satz, aber von großer Bedeutung! Europa muß auch damit rechnen, daß nicht, wenn man es wollte, es nicht möglich ist, in einem Kreuzzug gegen den Bolschewismus mit Gewalt diesem den Garaus zu machen. Das haben jene großen Interventionskämpfe der Engländer, Franzosen, Italiener, Japaner, Polen, Rumänen in den Jahren 1919 und danach nicht fertig gebracht. Das ist heute erst recht nicht möglich und nicht denkbar, vorstellbar überhaupt; nur für Geister, die rein mechanisch denken, die rechnen und glauben, daß mit dem Geld und der Waffe alles zu machen wäre.“

Der Herr Professor weiß aber, warum er keine Klöße warnt vor Abenteuern. Denn die Folge eines solchen Krieges ist die Revolution im kapitalistischen Europa. Er drückt das wie folgt aus:

„Gelingt es nicht, die politische Friedensordnung so zu verändern, und vermag der Kapitalismus jener sozialen Spannungen Herr zu werden, explodieren also diese Spannungen im Innern, im Klassenkampf im Innern, und bricht unter den Staaten Europas wieder ein Krieg im Stile des Jahres 1914 aus, dann ist der Bolschewismus von Moskau

## Riesenversammlung der KPD-Nürnberg

Tausende fanden keinen Einlaß / Abrechnung des Genossen Kemmele mit den Nazis / Naziführer Streicher als Probokateur / Die einzigen Argumente der Hafentreuzler sind Biergläser und Stuhlbeine / Polizei schlägt die Banditen

Nürnberg, 15. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Der größte Versammlungssaal Nürnbergs, in dem Genosse Kemmele über „Faschismus oder Kommunismus“ sprach, war bereits um 20 Uhr überfüllt. Tausende mußten auf der Straße bleiben. Als Genosse Kemmele etwa zwei Stunden gesprochen hatte und die volkseindliche Politik der Nationalsozialisten geißelte, steigerten diese ihre Prostrationen. Plötzlich wurden aus den Reihen der Nazis Biergläser und Maßkrüge geworfen. Durch die Abwehr der Arbeiter entwickelte sich im Saal ein Schlägerei. Die Polizei verließ bei Ausbruch der Schlägerei den Saal. Die Arbeiter drängten die Nationalsozialisten aus dem Saal. Dann erst kam die Polizei wieder zurück und prägte wahllos auf die Versammlungsteilnehmer los. Von der anderen Seite des Saales aus wurde von der Polizei aus Hunderten in den Saal gedrückt. Die Anführer der Prostrationen, Streicher, Holz und Liedel, hatten offensichtlich eine Sprengung der Versammlung geplant. Dies ging auch daraus hervor, daß die Nationalsozialisten aus München und Augsburg Verhaftung in Kasernen geholt hatten. Innerhalb der Versammlung fanden die Nazis unter dem Schutz der Polizei. Kurz nach dem Ausbruch des Saales, die mit äußerster Brutalität von der Polizei vorgenommen wurde, legten sich die Zusammenstöße auf der Straße fort.

Wahllos schlug die Polizei auf der Straße auf die Arbeiter ein, während die Nationalsozialisten unbehelligt blieben. Der Saal war ein unbeschreibliches Bild. Alles war zertrümmert. Der Verlauf der Versammlung hat bewiesen, daß die nationalsozialistischen Führer nicht den Mut aufgebracht haben, sich mit der kommunistischen Partei ideologisch-politisch auseinanderzusetzen, während die Arbeiter bewiesen, daß sie entschlossen sind, die Prostrationen der Nazis aktiv abzuwehren.

### Naziarbeiter gegen SA-Leute

Düsseldorf, 14. Aug. (Eig. Drahtbericht.)

Bei einer Versammlung der Nationalsozialisten in Düsseldorf, die von den in Massen anwerbenden revolutionären Arbeitern beherrscht wurde, erregte sich, daß eine Anzahl nationalsozialistischer Arbeiter, über die Prostrationen der SA-Abteilung empört, dieser entgegenzogen. Es entwickelte sich eine schwere Schlägerei zwischen nationalsozialistischen Arbeitern aus der Sturmabteilung. Die Arbeitermitglieder der NSDAP prägten die mit Revolvern drohenden SA-Leute zum Teil hinaus.

## Lohnraub in der Holzindustrie

Schlachtungsgouilloline in Sicht — Wählt Kampfausschüsse! — Bereitet den Gegenangriff vor — Geschlossene Front gegen Lohnräuber und Verräter

Berlin, 15. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Vorstoß zum Abbau der Löhne in der Holzindustrie, der gegen 150.000 Holzarbeiter gerichtet ist, hat bisher zu einer größeren Bewegung nicht geführt. In einzelnen Gebieten hofft man, den Lohnraub gemeinsam mit der Verbandsbürokratie durchzuführen zu können. Die Unternehmer werden in dieser Annahme bestärkt durch die Tatsache, daß der Verbandsvorstand damit einverstanden ist, daß vom Reichsarbeitsminister ein Schlichter den Parteien vorgeschlagen wird. Es treffen bisher im Koblenzer Gebiet 1000 Holzarbeiter, in Zeulenroda 300. Außerdem sind in Oberfranken, wo der Lohnraub vorgenommen worden ist, mehrere Hundert Arbeiter in den Streit getreten. Die Holzarbeiter dürfen nicht warten, bis der Schlichter die Löhne diktiert, sondern müssen sofort den Kampf aufnehmen.

### Schiffswerft Uebigau wird endgültig stillgelegt

Die Schiffswerft Uebigau hatte trotz vorliegender Waffenanträge die Genehmigung zur Betriebsstilllegung erhalten. Von den 750 beschäftigten Arbeitern wurden bereits zeta 500 entlassen. Dem übrigen Teil der Belegschaft einschließlich der Angestellten und Meister ist

ebenfalls die Kündigung zugestellt worden und wurde ihnen bereits das zutreffende Gehalt ausbezahlt. Am 31. August wird der Betrieb ganz geschlossen.

### Stilllegung der Zuckerrabrik Wedel a. d. Elbe

Die Zuckerrabrik Wedel hat bereits 200 Arbeiter entlassen. Weitere 300 Arbeiter sollen in der nächsten Woche entlassen werden.

### Betriebsstilllegung bei Continental-Gummitwerke

Das Frankfurter Werk Peters Union der Continental-Gummitwerke Hannover wird stillgelegt. 300 Arbeiter kommen zur Entlassung.

### Entlassungen in der Zigarettenindustrie

Hans Neuberger vom Reemtsma-Konzern Hamburg entläßt 500 Arbeiterinnen. Die Kündigungen beginnen am 15. August.

### Zuckerrabrik Emerla entläßt 35 Arbeiter

Die Zuckerrabrik Emerla in Dresden-Niederzesslich entläßt 35 Arbeiter wegen „Arbeitsmangel“. Der sozialdemokratische Betriebsrat gab die Zustimmung zur Entlassung. Auf die Forderung zweier zur Entlassung kommenden schwachen Frauen und auf ihre Vorstellungen, daß der Betriebsrat die Interessen der Arbeitnehmer vertrete, erklärte der Betriebsratsvorsitzende Großer: „Das verstehen Sie nicht. In diesem Falle muß ich die Interessen des Unternehmers vertreten, sonst würde man mir sagen: Holen Sie sich Ihre Papiere.“

Solche Elemente aber nennen sich noch „Arbeitervertreter“, Arbeiter, nehm den Kampf an! Schlichte auch der KPD zu!

### Gegen Betriebsstilllegungen

Witrag

Stadt-Briefmedien hat der jährliche Arbeitminutentag Fritz Grohmann & Frolich, Leipzig-Plagwitz, die Genehmigung zur Durchführung der 60 stündigen Arbeitswoche erteilt. In Anbetracht der großen Erwerbslosigkeit, die in Sachsen den Reichsdurchschnitt weit übersteigt, ist die Vereinbarung dazu ansetzt, das Heer der Dauererwerbslosen zu vergrößern. Die Verhandlungen der sächsischen Arbeitsminister werden Veranlassung für das reaktionäre Unternehmertum sein. Dem Beispiel der Leipziger Firma zu folgen und damit die Arbeitslosigkeit weiter zu steigern.

Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen:

1. Die Regierung zu beauftragen, die Genehmigungsentscheidung an die Fa. Grohmann & Frolich, Leipzig-Plagwitz (Sachsen) betr. Durchführung der 60 stündigen Arbeitswoche mit sofortiger Wirkung aufzuheben;
2. Istort eine Verordnung herauszugeben, nach der jede Überbreitung des 60 stündigen Arbeitslages sowie die Durchführung von Überstunden verboten ist.

Renner und die übrigen Mitglieder der komm. Landtagsfraktion.

### Modernisiertes Dreiklassenwahlrecht

Macht dem Treiben der Wahlräuber ein Ende

Mobilisiert die Werkstätten in Stadt und Land für die Sowjetmacht

Berlin, 15. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Wir haben gestern bereits Einzelheiten über die parlamentarischen Pläne der Brüning-Regierung auf den Wahlrechtsergänzung für die Jugendlichen berichtet. Heute wird bekannt, daß das Reichskabinett sich bereits nächste Woche mit dem Entwurf des vollkommeneren Umgestaltung des bisherigen Dreiklassenwahlrechts befassen wird. Die Form, in die das neue Wahlrecht gekleidet wird, heißt zwar nicht direkt das bis November 1933 gültige Dreiklassenwahlrecht dar, aber ihr reaktionäres Inhalt und keine Ausweitungen sollen dem Dreiklassenwahlrecht nicht zurückgehen. Bisher liegen zwei Pläne der Regierung vor, nach denen das Wahlrecht umgestaltet werden soll. Oberster Grundgedanke bei beiden Plänen ist der Abschaffung der bisherigen Wahlrechte. Das Reich soll nach dem Entwurf auf 150 Stimmkreise aufgeteilt werden und in jedem auf nicht mehr als ein Kandidat einer Partei aufgestellt werden. Die rechtlichen Stimmen sollen auf das Wahlgebiet fallen, aus dem 5 Stimmbezirke bestehen soll. Gleichfalls in jedem Wahlkreis soll die Reichsliste. Nach dem anderen Plan ist dem Reich in 225 Wahlkreise einzuteilen, von denen jeder nur zwei Abgeordnete wählen kann. Nur derjenige Abgeordnete, der die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erzielt hat, ist gewählt. Mit dieser Methode hofft man, auch die gewählten Abgeordneten erheblich einzuschränken.

### 22 Millionen Mark

erhielt die SPD-Presse nach eigenem Geständnis im Jahre 1928 allein aus Inseratenaufträgen. Die Gewerkschaftsleitungen, die die KPD-Presse boykottieren, haben auf diesem Wege der SPD Riesensummen zugeschanzt, doch der Hauptteil der 22 Millionen stammt vom Unternehmertum, das auf diese Weise die SPD subventioniert. Solche Einnahmen

### hat die KPD nicht

Die kommunistische Partei ist angewiesen auf die Opferwilligkeit der breiten werktätigen Massen. Doch die Werkstätten sind auch operbereit, das haben die bisherigen Stichproben beim Sammeln bewiesen. Es ist nur notwendig, daß jeder rote Wahlkämpfer seine Pflicht tut und allen Arbeitenden zeigt, wie sie den Wahlkampf der KPD unterstützen können.

### Gebt für den Wahlfonds der KPD!

# „Im Waffentrod wie im KZB.-Kittel das gleiche revolutionäre Herz“

## Verbrüderung skandinavischer Soldaten mit Vertretern des verbotenen Roten Frontkämpferbundes — Leow spricht, Telegramm an Thälmann

Der antifaschistische Kampfkongreß am 10. August in Stockholm war ein überwältigender Auftakt zur Schaffung einer breiten antifaschistischen Abwehrfront des skandinavischen Proletariats, die ihre Aufgabe vor allem in der Bekämpfung des Lappo-Terroris in Finnland erblickt.

Den Höhepunkt bildete die mit tosendem Beifall aufgenommene Verbrüderung revolutionärer skandinavischer Artilleristen und Matrosen mit Vertretern des nicht zu verbotenden deutschen Roten Frontkämpferbundes.

150 Delegierte aus Finnland, Norwegen, Schweden und Dänemark, darunter zahlreiche Vertreter revolutionärer Soldaten, parteilose, sozialdemokratische und sozialistische Arbeiter, reichten sich die Hände zur Schaffung einer klaren antifaschistischen und antikapitalistischen Front. Sämtliche Beschlüsse fanden die einstimmige Zustimmung der Delegierten.

An das Ehrenpräsidium der Konferenz wurden die Genossen Willi Fontanen und Laimi-Finnland, Marzagos-Deutschland, Kaloji-Ungarn, Terra-Jahini-Italien, die in den Kernern der Bourgeoisie sitzen sowie die polnischen Genossen Jugend, Hirsch, Propper und die amerikanische Genossin Marie Dalton, die zum Tode verurteilt worden sind, gewählt.

Mit großem Jubel wurden die Vertreter des revolutionären Proletariats in Finnland empfangen, deren Teilnahme an der Konferenz mit der Überwindung unendlicher Schwierigkeiten verknüpft war. Sie schilderten, mit welcher Brutalität und Schamlosigkeit der weiße Schrecken in Finnland wüthet. Auch die Vertreter Norwegens, deren Redner der Genosse Jakob Friss war, wurde mit großer Begeisterung empfangen. Der Genosse Axel Larsen, Dänemark, schilderte, wie selbst das arme Dänemark den faschistischen Kuro einschlägt und dabei vom Sozialfaschismus unterstützt wird. Der Genosse Sillen, Schweden, unterstrich, daß dieser Kongreß Einleitung einer breiten antifaschistischen Kampffront sein wird.

Genosse Willy Leow, der mit brausendem Beifall empfangen wurde, überbrachte dem Kongreß die brüderlichen Grüße der deutschen Kommunistischen Partei und der Millionen Werktätigen, die unter der Führung der KPD. gegen Faschismus und Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion und in den bevorstehenden Oktober der deutschen Revolution kämpfen. Er schilderte dann den Kampf, den die deutschen Arbeiter unter der Führung der Kommunistischen Partei gegen den Young-Plan und die Young-Parteien, gegen Faschismus und gegen

Sozialfaschismus führen. Genosse Leow wurde von stürmischem, minutenlangem Beifall unterbrochen, als er anführte, daß der Rote Frontkämpferbund am Jahrestage des Verbots in Berlin stärker aufmarschiert ist als vor dem Verbot. Zuletzt wandte sich Genosse Leow mit einem feurigen Appell an alle Arbeiterdelegierten, mit ganzer Kraft und Initiative den Kampf gegen den Faschismus zu organisieren.

Bei der Verbrüderung revolutionärer nordländischer Soldaten und Matrosen mit Vertretern des verbotenen Roten Frontkämpferbundes führte ein schwedischer Matrose aus:

„Die Marine hat revolutionäre Traditionen. Die Kanonen unserer Flotte werden eines Tages gegen die Feinde des Proletariats schießen. Wir sind Rote Frontkämpfer wie ihr. Wir sind Soldaten der Revolution wie ihr.“

Wir tragen unter unserem Waffentrod das gleiche revolutionäre Herz wie die deutschen Roten Frontkämpfer unter ihrem verbotenen Kittel tragen.

Wir sprechen eine andere Sprache, tragen einen Soldatenkittel, aber wir sind Proletarier wie ihr, wir verbrüdern uns mit euch und mit den Soldaten, Arbeitern und Bauern der Sowjetunion.“

Der Kampfkongreß nahm ein begeistertes Begrüßungstelegramm an den Genossen Thälmann, den Führer des deutschen Proletariats, an.

Mit brausenden Hochrufen auf die Sowjetunion und den solidarischen Kampf gegen den Faschismus und die Kriegsgefahr fand die Konferenz ihr Ende.

## Die Rote Armee vor Hanking

### Die europäischen KonzeSSIONen in Hankau sollen geräumt werden

Shanghai, 14. August. Nach Meldungen aus Hanking operieren Truppenteile der Roten Armee etwa 20 Kilometer vor Hanking. Sie setzen mit Unterstützung der Bevölkerung ihren Vormarsch auf die Stadt fort.

Eine Verstärkung der vollständigen Besetzung Hankaus durch die Rote Armee liegt noch immer nicht vor. Die Stadt muß jedoch vollständig von Roten Truppen umzingelt sein, deren Siegeszug durch den Generallstreik der Arbeiterschaft unterstützt wird. Meldungen bürgerlicher Agenturen berichten, daß eine vollständige Räumung der europäischen KonzeSSIONen in Hankau bevorsteht.

Der Straßenbahnstreik in Shanghai ist trotz des Einjahres russischer Weichgürteln als Streikbrecher siegreich beendet worden. Die französische Straßenbahngesellschaft mußte den Arbeitern und Angestellten eine Lohnerhöhung in der geforderten Höhe gewähren.

## Generallstreik in Palästina

### am ersten Jahrestag des Araberaufstandes

London, 14. August. Für den 23. August, dem 1. Jahrestag des Araberaufstandes in Palästina, ist zu einem allgemeinen Generallstreik aller Araber in Palästina aufgerufen worden.

## Rote Zellen in der griechischen Reichswehr

### Ein Aufruf der revolutionären Soldaten Griechenlands an alle Proleten im Waffentrod

Die kommunistischen Zellen des ersten Regiments in Athen haben zum 1. August einen Aufruf an alle Proletarier im Waffentrod herausgegeben, den wir nachstehend zum Abdruck bringen:

Genossen! Wir müssen uns gegen die Offensive der Offiziere mit unserer Massenkraft verteidigen. Auf die Schifanen von Kampanie, Leoboglu, Klapis (3 Offiziere), müssen wir mit der Gegenoffensive antworten. Sie wollen, daß wir sie gräßen, wenn sie uns schlagen. Sie wollen uns zu essen geben, wenn es ihnen einfällt und wir sollen dagegen keinen Protest erheben. Sie wollen uns auf den Knieen die zur Vernichtungslager qualen und wir sollen dann noch lange Strecken marschieren. Sie wollen uns zu Tieren machen, die ohne jeden Widerstand in den Krieg ziehen werden.

Wenn ihnen dies nicht genügt, versuchen sie mit dem Terror unsere Empörung und unseren Kampf zu erstickern. Darum zittern sie vor unserer Bewegung, darum verböhnen sie uns mit dem Revolver in der Hand, darum haben sie unsere Genossen verhaftet und in die Keller gesperrt.

Sie wollen dadurch alle terrorisieren, sie wollen unseren Kopf unter ihre Offiziersstiefel nehmen.

Rein, das dürfen sie nicht erreichen! Der Kampf muß noch härter fortgesetzt werden!

Die kommunistischen Zellen sagen euch, Genossen, was geschehen muß. Es müssen Kampfkomitees in jedem Bataillon gewählt werden. Und mit diesen an der Spitze müssen wir korporativ vor der Kommandantur protestieren.

Wir müssen die 25-Drachmenlosh, 5 Drachmen tägliche Entlohnung, allgemeinen Ausgange an jedem Abend, Ferien für die Kranken usw. fordern.

Wir müssen unseren Willen gegen die Kriegskommandeure, gegen Kalpak, gegen den neuen Krieg und das bürgerliche Militär, gegen den Militarismus demonstrieren, für die kommunistische Partei und den KZB, die unseren Kampf führen, für die Sowjetunion, für ein Sowjet-Griechenland!

Auch ihr anderen Soldaten von Athen, macht dasselbe! Kommunistische Zellen des 1. Regiments.“

Ein donnerndes „Rot Front“ den tapferen griechischen Proletariern im Waffentrod!

## Vordringen der Aufständischen

### Aktivität der verbotenen Rothemden

London, 14. August. Die Aufstände an der indischen Nordwestgrenze haben jetzt alle Stämme westlich von Peshawar ergriffen. Gegenwärtig stehen etwa 40.000 bewaffnete Aufständische im Felde. Der Uragjai-Stamm hat sich dem Aridi-Stamm angeschlossen und zusammen mit demselben den Vormarsch auf die Stadt Kohat, 70 Kilometer südwestlich von Peshawar, begonnen. Die Aridi marschieren mit Unterstützung von anderen Stämmen an der Nordwestprovinz gegen die Städte Romshar und Parashinara. 24 Kilometer nordwestlich von Peshawar ist eine große Anzahl Rothemden aufgetaucht.



Kontext: 14 Internationales Arbeiterbegegnung, Berlin.

40. Fortsetzung

„Ich habe Ihnen folgendes zu erzählen“, fing Jascha an. „Mikola ist auf einige Wochen verreist, und Sie sollen ihn vertreten in seiner Arbeit. Wir müssen unbedingt Verbindung mit der Provinz bekommen. Wir fangen an, unsere Ortsgruppen zu aktivieren. Sie werden in verschiedene Provinzstädte geschickt werden. Mit welchen Genossen Sie sich in Verbindung setzen sollen, werden Sie noch erfahren.“

Er schleg und zog den Kopf ein. Eine Weile gingen sie wieder stumm nebeneinander. „Wovon leben Sie eigentlich“, fragte Jascha unermittelt an.

Stafandoff war einen Augenblick bestürzt, nahm sich aber gleich zusammen. „Das ist es ja gerade, worüber ich mit Ihnen auch sprechen wollte. Ich habe alle meine Sachen verkauft, habe einige Rubel dafür bekommen, aber jetzt geht das Geld zu Ende. Ich möchte Arbeit aufnehmen, wenn ich hier bleibe. Wenn ich aber wegfahren muß, werde ich leider die Partei in Anspruch nehmen müssen. Wenn ich wieder Arbeit finde, werde ich das Geld der Partei wieder zurückerstatten.“

„Rein, wenn die Partei sie schickt, ist es selbstverständlich, daß Sie die Spesen ersetzt bekommen. Sie müssen aber sparsam leben, weil wir mit Geld sehr knapp sind.“

„Aber ich bitte Sie! Ich und Parteigelde? Wenn ich offen sein soll, es fällt mir schwer, auf Parteikosten zu leben. Ich habe nie einen Groschen von der Partei genommen. Die Genossen vom Ural haben mir hundert Rubel Reisepesen gegeben, auch das war mir schon zu viel.“

„Was soll man machen, wenn es nicht anders geht?“

„Dann soll ich fahren?“

„In den nächsten Tagen. Bei Olsa werden Sie das Mandat und einiges Geld bekommen, auch ein Verzeichnis der Städte und Genossen, die Sie aufsuchen sollen.“

„Wann und wo kann ich Olsa treffen?“

„Im Theater, in derselben Loge wie das letztemal.“

„Es ist nicht ratsam, sich immer an derselben Stelle zu treffen. Vielleicht bei...“

„Das ist schon richtig, aber bei ihr zu Hause geht es nicht. Sie ist in Stellung und darf keinen Besuch empfangen. Verabreden wir vielleicht auf morgen abend 6 Uhr in Ihrer Wohnung.“

Sie verabredeten sich. Stafandoff ging weiter, Jascha zurück nach der Nikolajewskistraße. Jascha wurde es leichter ums Herz. „Er scheint ein aufrichtiger Mensch zu sein. Er gehört zweifellos zu uns, ist ein gewiegter Konspirator. Es ist gut, daß wir noch einen Menschen haben, der arbeiten kann.“

Am nächsten Morgen besuchte Jascha Drechnikoff.

„Stafandoff macht auf mich einen recht guten Eindruck“, erzählte er Wasja. „Er ist sehr vorsichtig und zurückhaltend.“

„Das ist sehr gut, wir haben noch eine Arbeitskraft. Jetzt endlich wird Mikola nach demibirischen Kreiskomitee fahren können. Stafandoff bleibt bei uns und wird die Bearbeitung der Provinz in die Hand nehmen.“

Jascha bekam von Drechnikoff die nötigen Papiere für Stafandoff und ging damit zu Jelena Petrowna.

Unterwegs sah er Olsa von weitem. Sie stand an einer Straßenecke, und ihre Augen gingen suchend umher. Sie lief an das Schaufenster eines großen Ladens, winkte Jascha und trat in den Laden ein. Jascha tat dasselbe.

Der Laden war voll Menschen. Olsa steckte im Gedränge unbemerkt Jascha einen Zettel zu. Er las: „Matrjona ist in großer Erregung. Sie will jemand von den Genossen sprechen, außer Wasja. Sie hat eine wichtige Nachricht.“

„Was kann das nur sein“, dachte Jascha, „warum will sie gerade Wasja nicht sehen?“

Er winkte Olsa zu; sie verließen beide den Laden.

„Ich muß Matrjona noch heute treffen; vielleicht ist es etwas sehr Wichtiges.“

„Sie war sehr aufgeregt“, erzählte Olsa. „Sie sagte, es sei kein Wunder, daß wir eine Schlappse nach der anderen erlebten.“

„In unserem Komitee müßte ein Provokateur sitzen.“

„Was?“

„Ja, das sagte sie.“

„Dann muß ich unbedingt noch heute mehr von ihr hören.“

„Aber wie?“

„Du besprichst mit ihr, wo ich sie treffen kann.“

„Gut.“

Olsa hielt Jascha noch einmal fest:

„Noch eine Sache: ich sehe jetzt mit Popoff wieder auf gutem Fuß. Den Zwischenfall von neulich hat er vergessen. Er hat wieder Vertrauen zu mir. Es ist wieder an der Zeit, bei ihm eine Durchsicherung zu machen.“

„Wir müssen einen Schlüssel zu seiner Tür und seinem Schreibtisch machen lassen. Das kannst du besorgen. Das andere werde ich mit noch einem handfesten Kerl vornehmen.“

Nachdem sie sich getrennt hatten, ging Jascha noch lange durch die Straßen und zerbrach sich den Kopf über das Gehörte.

„Welchen Genossen verdächtigt Matrjona? Vielleicht ist es Stafandoff? Vielleicht sollte ich sein Mandat zurückhalten?“

Er ging zu Jelena Petrowna. Sie überlegten hin und her, gingen alle aktiven Genossen durch.

„Es wundern mich nur, daß sie mit dem Genossen Drechnikoff nicht zusammenkommen will.“

„Wer weiß, was das zu bedeuten hat. Wir müssen sie so bald wie möglich treffen.“

„Rein, zuerst will ich mit Wasja sprechen. Er weiß es vielleicht, worum es sich handelt. Ich bin heute abend mit ihm zusammen. Sei um sieben Uhr zu Hause, ich habe dir etwas zu übergeben.“

„Gut.“

Am Abend war Jascha bei Wassilij Petrowitsch Drechnikoff und erzählte ihm von Matrjona.

Wasja überlegte einen Augenblick und lachte gleich drauf: „Ich hab's! Sie hat mich beim General Wassiljitsch gesehen. Bei meinem Anblick wurde sie ganz blaß vor Schreck.“

Jascha fiel ein Stein vom Herzen.

(Fortsetzung folgt.)



Der Hindenburgmarsch

Achtung! Nehmen Sie Tuschführung, Mann!
Man an die Hande, und rechts heran!
Herr Braun! Sie sind doch ein alter Soldat!

So, Sie — der rechte Müggelmann —
Parade! Sch'n Sie das Gelände an,
Sch'n Sie nach links, da stehen die Kisten!

Und dann, meine Herren: Noch mehr national
ihre Parolen zur Reichstagswahl.
Gewalt — wir haben verteilte Rollen;

Und zum Schluss der Anweisung:
Wacht! Hehe gegen die Sowjetunion!
Das wäre der einzig gerechte Krieg!

Achtung! Nicht euer! Die Schmerzbände weg!
Sankt Inge das deutsche Volk: Die Front ist dort!
Und Sie da — neben dem Stahlhelmann —

Nicht nachlassen! Weiter sammeln!

Beispiele guter Sammelstätigkeit

Die Zellengruppe Venben sammelte am vergangenen Sonntag
16 Mark für den Wahlfonds der Partei. Der Gewerkschafter
Ernst von der Zelle Zentrum sammelte am 12. August in
einer Stunde 12,40 Mark. Genosse Schubert von der Zelle
Kommunisten 1 und 4 des Verwaltungsbezirks 4 sammelte am Sonntag
am 10. August 3 Stunden 15 Mark.

Diese Beispiele zeigen, wie opferwillig die Arbeiter sind.
Sie geben gern für den Wahlfonds der KPD. Rote Wahl-
kämpfer! Nicht erlahmen! Weiter sammeln!

Roter Landsonntag der Jugend!

Alle revolutionären Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen
des Stadtbezirks treffen sich am Sonntag dem 17. August früh 7 Uhr
am Markt, Einbildung der Linie 12, zum roten Landsonntag der
Kommunisten. Programm ist für den ganzen Tag
mitzubringen.

Antifaschistische Arbeiterwehr Johannstadt!

Wir versammeln am Sonntag dem 18. August 19 Uhr im
Saal, Carlstraße, einen Unterhaltungsabend und erwarten
den regen Besuch.

Alle Arbeiterorganisationen des Industriebezirks
Landesgart — Niederriedlich und Umgegend rufen zum
Solidaritätsfest
am 24. August in der Elbterrasse, Kleinschadowitz!

Zum Krankenkassentag in Dresden

Die Young-Jungerpeitsche gegen die Kranken

Brüning führt durch, was in Wiffels Referentenentwurf enthalten war!

Die Youngerpeitsche Hindenburg-Brüning hat am 27. Juli
nach der Verordnung über „Notopfer“, „Regelsteuer“, „Schwank-
verrechnung“ eine weitere Verordnung „zur Behebung finan-
zieller Schwierigkeiten und sozialer Notstände“ erlassen. Durch
diese Verordnung haben die Youngerpeitsche und Kommissar des
Reichsministeriums neuerdings die Erwerbslosenversicherung ver-
schlechtert und einen Hundertmillionenraub an den Kranken
begonnen. Zur Verhöhnung der verzweifelt Erwerbslosen
und Kranken nennen sie dieses Diktaturprodukt „Behebung so-
zialer Notstände“.

Der von Hindenburg-Brüning diktierte Raubplan gegen die
Kranken enthält all das, was bereits in dem Referentenentwurf
vom Herbst 1929 enthalten war. In einem Punkt geht
Brüning noch über den Plan von Wiffel hinaus, und
dieser Punkt ist die Frage der Kostentragung. Die Diktatoren des Reichsministeriums
haben auch in diesem Punkt dem Drängen der sozialfaschistischen
Bürokratie nachgegeben. Die Neuordnung des kassenärztlichen
Dienstes wurde von dem sozialfaschistischen Lehmann, Geschäftsführer
des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, hatnädig
geprägt und dazu neben den Krankenkassen-Nachorganen die
Gewerkschaften und die SPD-Presse benutzt. So schrieb der Vor-
entwurf noch in einem Artikel am 6. Juni d. J.:

Wer in der Krankenversicherung helfen will, darf nicht
an Symptomen herumkurieren, er muß den Stiel bei den
Ursachen packen. Es gibt eine Reihe von Fragen, bei denen
in der Krankenversicherung begründete Reformen ansetzen
können. In ihrem Mittelpunkt steht die Arztfrage. War-
um entschließt man sich nicht zu einer Trennung, bei der
Weg des Krankengeldes auslösenden Verschleissung der Ar-
beitsfähigkeit von der eigentlichen ärztlichen
Behandlung? Eine solche Trennung ist möglich und
wünschenswert. Mit ihrer Hilfe ließe sich eine nennenswerte Er-
parnis erzielen. . . .

Nach dem Willen der sozialfaschistischen Gewerkschafts- und
Kassenbürokratie soll der Arbeiter nur bei objektiv nach-
weisbarer Arbeitsunfähigkeit Krankengeld erhalten. Nicht der
behandelnde Arzt, sondern der Vertrauensarzt soll die
zum Bezüge erforderliche Bescheinigung aus-
stellen. Ueber die Auswirkung der „Neuordnung des kassen-
ärztlichen Dienstes“ ist sich die sozialfaschistische Bürokratie nicht
im Zweifel. In einer Tagung des Hauptverbandes Deutscher
Krankenkassen am 26. Juni 1930 hat Lehmann nach dem Be-
richt in Nr. 27 „Deutsche Krankenkassen“ erklärt: „Die Reform
des kassenärztlichen Dienstes bringt allein 380 Millionen Mark
Ersparnis jährlich.“

Das war die richtige Antwort an die Polizei

80 Erwerbslose lehnen der Kirche den Rücken!

Massenandrang im Standesamt Kreuzstraße — Polizei muß abziehen, ohne „gearbeitet“ zu haben
(Von unserem +. Arbeiterkorrespondenten)

Die Dresdner Erwerbslosen haben den Polizeiprovokateuren
eine nachhaltige Antwort erteilt. Gegen 80 sind gestern auf dem
Standesamt an der Kreuzstraße ausgetreten. Die Polizei ver-
suchte auch hier wieder, einen Grund „zum Einschreiten“ zu finden.
Das mißlang.

parieren befolgt wird, dann trifft das den Wagen der Schwarz-
kappen. Und das muß den vielen Arbeitern, die noch der Kirche
anhängen, klar gemacht werden.

Die SPD in Nöben

(Arbeiterkorrespondent)

Allerhand Ungereimtes wird dem Arbeiter jetzt durch die
Flugblätter der SPD vorgelesen. Auch ich erhielt ein solches
Flugblatt am 2. 8. 30 mit der Aufforderung, SPD zu wählen.
Um nun ihre jetzigen Schandtaten in der Umverteilung zu ver-
decken, schreibt sie, daß Tausende von SPD-Arbeitern in der
Vorkriegszeit hinter Zuchthausmauern gelassen hätten. Am 8. 8.
1930 kam wieder ein Flugblatt, darin schrieb sie, daß überall
KPD-Arbeiter mit Gefängnis bestraft würden, weil sie den Beh-
örden der KPD gefolgt wären. Jeder denkende Arbeiter muß
sich nun fragen: Und die Tausende von SPD-Arbeitern in der
Vorkriegszeit? — Doch auch wohl nur durch die „Hehe“ der
SPD. Sollte es damals nur einen Massenstaat gegeben haben
und heute nicht mehr? Aber wie kennen die Weise, wie kennen
den Text: Verleumde nur fröhlich drauf los, etwas bleibt schon
hängen. (1772)

Young-Vogt Dr. Bühner diktiert:

5 Tage Gefängnis für „unrechtmäßig“ vom Fürsorgeamt bezogene Hölse!

SPD-Versprechungen, und wie sie in Dresden gehalten werden

Vor den Reichstagswahlen 1928 gab die SPD eine Wählerzeitung heraus mit dem Titel: „Sozialdemokratie voran.“ In der
Nummer 2 dieser Wählerzeitung, die jetzt erst die betrügerischen Versprechungen der SPD zeigt, hieß es wörtlich:

„Der Bürgerlohn hat kein Geld für Erwerbslose. Angesichts der sozialen Notlage der Erwerbslosen hat die Sozial-
demokratie im Reichstag einen jähren Kampf geführt für eine längere Dauer der Arbeitslosenunterstützung, für Ausdehnung
der Arbeitsunterstützung auf alle Berufe und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit. Wie überall, so hat der Bürgerlohn
auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik verlor und die von der Sozialdemokratie angebotenen Verbesserungen verhindert. Er
bewilligte Millionen für Großgrundbesitz, verpulverte andere Millionen für den Bau von Panzerkreuzern, hat aber kein
Geld für die Arbeitslosen. . . . Wer für sozialen Ausbau der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenunterstützung ist, gibt seine
Stimme der Sozialdemokratischen Partei.“

Und was geschah nach der Wahl? Die SPD als Regierungspartei zog ihre Anträge zurück, mit denen sie um die Stimmen
der Arbeitslosen geworben hatte. Dann stimmte die SPD für den ungeheuren Abbau der Arbeitslosenunterstützung, den Wiffel
vorgeschlagen hatte. Die neue Abbauperordnung Brüning ist von sozialdemokratischen preußischen Minister Braun ausdrücklich
gebilligt worden.

Viele Proleten hagen dank der sozialdemokratischen Politik
aus der Arbeitslosenversicherung. Sie fielen der Arbeitslosen-
unterstützung anheim und waren auch dort bald ausgezehrt. Man wandern
sie auf die Straße, auf die „Hölse“, wie sie im Volksmunde heißt.
Dresden hat einen sozialdemokratischen Bürgermeister. Dr.
Bühner heißt der Mann. Immer wieder muß es den Dresdner
Arbeitslosen gesagt werden, daß dieser rücksichtslose Young-Vogt
Sozialdemokrat ist. Dieser Mann hat einen Gehalt von 15.000
Mark und besitzt außerdem noch Zehntausende von Mark aus
den Erträgen der Dr. Bühnerschen Stiftung.
Er ist es, der bei den Mitteln für das Fürsorgeamt rücksichts-
los die Mittel um Hunderttausende von Mark stiehlt, um den

„Etat zu balancieren“, um den Wünschen der Bankhagener ge-
recht zu werden.

Der Sozialetat veränderte sich unter dem Reichswirtschafts-
minister Dr. Brüning in ein sozialreaktionäres Gebilde.
Die Ausrichtungen treten gegenwärtig besonders stark in Er-
scheinung. Sie leben so aus: ein Prolet beantragt bei der
Kassenärztlichen Vereinigung eine Hölse und erhält
darauf vom Staatsanwalt einen Strafbescheid, in dem es
heißt:

„Sie werden beschuldigt, in der Absicht, sich einen rechts-
widrigen Vermögensvorsprung zu verschaffen, das Vermögen eines
anderen dadurch beschädigt zu haben, daß Sie durch Vorspiege-
lung falscher Tatsachen einen Irrtum erregten.“

Am 29. Mai 1930 haben Sie das hiesige Fürsorgeamt um
Gewährung einer Hölse. Sie behaupteten, eine solche bringe
notwendig zu brauchen, da Sie nur einen einzigen, fast ab-
getragenen Anzug besäßen. Tatsächlich besaßen Sie daneben
noch einen in gutem Zustand befindlichen anderen Anzug, was
Sie jedoch verschwiegen. Sie täuschten dadurch die Behörde
und erlangten auf diese Weise eine neue Hölse, die man Ihnen,
wie Sie wußten, bei Kenntnis des wahren Sachverhaltes nicht
geben haben würde. Das Fürsorgeamt ist durch Ihr Ver-
halten um den Wert der Hölse geschädigt.“

Der ausgezeherte Prolet erhält 15 Mark Geldstrafe, hilfs-
weise 5 Tage Gefängnis. Das ist die praktische Seite der
Finanzpolitik des Sozialdemokraten Bühner für die Erwerbs-
losen. Sie steht im „Einklang“ mit den Wählerversprechungen der
Sozialdemokratie.

Sollen wir noch hinzufügen, daß kein Erwerbsloser auf die
Versprechungen der SPD im Reichstagswahlkampf hereinfallen
darf, daß er KPD, Völk 4, wählen muß? — Young-Vogt Bühner
fordert die Erwerbslosen dazu durch keine Politik ja selbst an!

Für den Profit gefallen!

Arbeitermord im Elbital-Eisenwerk

Im Elbital-Eisenwerk auf der Hamburger Straße ereignete
sich vorgestern mittag ein tödlicher Unfall. Dort geriet der
54 Jahre alte Arbeiter Bähler aus Niederschlag, der an einer
Ringbiegemaschine beschäftigt war, mit dem Unterleib in die
Walzmaschine. Bähler wurde schwerverletzt ins Friedrichshäger
Krankenhaus gebracht, verstarb jedoch bereits auf dem Trans-
port dorthin. — In derselben Maschine wurde am Nachmittag
ein anderer Arbeiter von einem schweren Hebel in den Unterleib
getroffen. Auch erlitt er schwere Verletzungen. Er wurde
in bedenklichem Zustand ins Friedrichshäger Krankenhaus ge-
bracht. Es handelt sich um den 35 Jahre alten Arbeiter Bilsen-
berg aus Dresden.

Unfall auf der Colbühler Straße

Am 24. Juli gegen 16.30 Uhr ist auf der Colbühler Straße
in Dresden-Blauen ein Radfahrer an eine am Wege liegende
Steinmaule gefahren und getötet. Der Verletzte will beim Aus-
weichen vor einem entgegenkommenden Kraftwagen an den
Steinrand gedrängt worden sein. Zeugen des Unfalles wer-
den nach dem Kriminalamt, Zimmer 73, um Mitteilung gebeten.

Küdfche Dresdner Kinder. Die zur Zeit zur Erholung
untergebrachten Dresdner Kinder kehren wie folgt zurück: aus
Hilber am 18. 8. 1931 Uhr; aus Oberwiesenthal am 19. 8.
1931 Uhr. Die Angehörigen werden gebeten, für Abholung der
Kinder zu den genannten Zeiten Sorge zu tragen.

Bolschewik-Abrechnung

Der Bolschewik wird nicht, wie irrtümlich in der Zeitung
angegeben wurde, mit 10 Pf. verkauft, sondern mit 5 Pf. Diese
5 Pf. müssen restlos an den Bezirk abgerechnet werden. B2.

Heiraten oder Ledigensteuer? Heraus zur Jugendkundgebung

heute Freitag, den 15. August, 19.30 Uhr, im Keglerheim, Dresden-A., Friedrichstraße / Es spricht Grete Groh, M. d. L. / Eintritt freil

# Werttätige Pirnas! Kämpft mit uns gegen Youngflaberei!

## Beantwortet die Abstriche am Haushaltplan mit Einreichung in die rote Klassenfront Wahl am 14. September Liste 4!

Pirna. Der Dreifache Haushaltplan der Stadt Pirna wurde in der Sitzung am 15. April 1930 von dem Stadtrat netenkollektiv abgelehnt. Der Stadtrat hat hierauf die Gemeindefraktion des Reichsausschusses anrufen und diese hat den Haushaltplan unterm 30. Juni 1930 festgestellt, und zwar nach den Beschlüssen des Stadtrates, d. h. also:

Die Verbesserungsanträge der Fraktionen für die werttätigen Massen, insbesondere auch für die Erwerbslosen, wurden nicht berücksichtigt.

Im Haushaltplan 1930/31 ist die Aufnahme eines Darlehns in Höhe von 550.000 RM zur teilweisen Deckung des Nachbetrags 1929/30, zum Ausgleich des außerordentlichen Haushaltsplans 1930/31 und für entstehende Rückverpflichtungen vorgesehen. Die Aufnahme der restlichen 250.000 RM hat der Reichsausschuss, trotz Feststellung des Haushaltsplanes durch die Gemeindefraktion (der Reichsausschuss ist der Gemeindefraktion untergeordnet), von der Durchführung einschneidender Maßnahmen am Haushaltplan abhängig gemacht.

Die vorzunehmenden „Maßnahmen“ bedeuten wiederum eine bedeutende Mehrbelastung der Armen der Armen.

Alle vorgesehene Positionen aufzuführen ist uns hier nicht möglich und greifen wir nur die markantesten heraus: So wird u. a. die Einführung einer Straßeneinigungsabgabe verlangt, die jährlich etwa 55.000 RM einbringen soll. Ferner soll die Pflanzsteuer jährlich etwa 6000 RM Mehrertrag bringen als im Entwurf des Stadtrates vom 23. April vorgesehen ist.

Ganz geistreich werden die außerordentlichen Zuwendungen an gemeinnützige Anstalten, die Kosten für den fremdsprachlichen Unterricht an den Volksschulen usw.

Eine ganze Reihe von Sozialausgaben werden rüchichtslos heruntergeleitet.

So z. B. die Ausgaben für das Kindererholungsheim in Sonneberg. Hier sollen allein 5000 RM eingepart werden! Von den Kosten für die Kindererholung werden 3000 RM gestrichen und die Schulentlastungsbeiträge für außerordentliche Fälle werden um 10.000 RM geschnitten, so daß für diese Position nur noch die lächerliche Summe von 5000 RM zur Verfügung steht!

Die bisher stets üblich gewesene Gas- und Stromverbilligung für Unterhaltungsorgane und Wohlfahrtsvereine darf in Zukunft nicht mehr gewährt werden! Die Mittel zur Unterhaltung und Erhaltung der Lehrmittel usw. an den verschiedenen Schulen Pirnas, sowie die Vermittel-

für Schüler unbedeutender Eltern erfahren eine Kürzung von insgesamt 2430 RM.

An all diesen Maßnahmen sehen wir also, daß die festgesetzten Einsparungen lediglich auf Kosten der werttätigen Massen und Erwerbslosen durchgeführt werden.

Es ist geradezu bezeichnend, daß das Kapitel „Anerkennung“ genehmigt ist. Hierfür sind lediglich die Sozialdemokraten verantwortlich, die diesem Kapitel durch ihre Zustimmung zur Annahme verholfen haben.

Alles in allem zeigen uns die neuen Abstriche am Sozialetat des Haushaltplans, daß der Raubzug auf die Taschen des werttätigen Volkes rüchichtslos vorgenommen wird. Eine Änderung kann hier nur dann eintreten, wenn endgültig Schluß gemacht wird mit dem kapitalistischen System. Dies mögen alle Werttätigen und Erwerbslosen bedenken, wenn sie zur Reichstagswahl gehen! Jede Stimme gehört den Kommunisten, die rüchichtslos den Kampf führt gegen die Unterdrücker der Werttätigen, die den Kampf führt, bis zum endgültigen Sturz der kapitalistischen Gesellschaft!

## Scharfmacherfirma „Migeno“, Pirna

# Wir müssen von unserem Personal verlangen,...

### Ausbeuterfirma bezeichnet die Arbeiter als Bluffauger, Drohnen, liederliche Elemente usw.

Die kapitalistischen Bluffauger werden immer frecher. So tut ihnen leid, daß sie gegen die Arbeiterkassen nicht mit Skorpionen vorgehen können, daß sie nicht die Möglichkeit haben, selbst Gefängnis- und Justizhausstrafen zu verhängen, daß sie bei der Ausübung ihrer Diskussionsmaßnahmen auf Widerstand bei der Arbeiterkassen stoßen. Wir veröffentlichen im nachstehenden ein Dokument der Unternehmerrückständigkeit:

Pirna, den 31. Juli 1930.

An unser Personal!

Selbstverständlich erhalten Sie die mit dem morgigen Tag in Kraft tretenden neuen Bestimmungen.

Wir sehen uns gezwungen, diese Vorschriften zu erlassen, da ansonsten noch nicht jeder im Betrieb weiß, was seine Pflicht und Schuldigkeit ist. Wir müssen von unserem gesamten Personal verlangen, daß sämtliche erlassenen Vorschriften treu und gewissenhaft befolgt werden; denn nur so ist ein ge-

## Kommunisten, hinaus in die Dörfer!

### Warum kommen die Kommunisten nur bei Wahlen ins Dorf?

(Kleinbauernkorrespondenz)

Ich habe als werttätiger Kleinbauer schon lange für die kommunistische Partei Sympathie, aber die Verbindung mit ihnen ist schlecht. Man kümmert sich zu wenig um uns, zu wenig in unserem Dorfe. Voriges Jahr, vor der Landtagswahl, kam eine Radfahrerkolonie in unser Dorf und eine große Menge Literatur um. Auch ich lasste mir einige Broschüren über die russische Bauernbewegung, die mich sehr interessierten. Ich hatte erwartet, daß man sich jetzt mehr um uns kümmern würde, aber zu meiner Enttäuschung mußte ich feststellen, daß unsere Freunde aus der Stadt sich erst wieder zur Reichstagswahl sehen ließen. Das macht natürlich meine Freunde ärgern und sie meinen, die Kommunisten kommen auch nur, um unsere Stimmen für sich zu fiebern, aber nicht, um uns zu helfen, wie sie immer sagen und schreiben. Ich persönlich bin der Meinung, die Kommunisten sind die einzigen, die es ehrlich mit uns meinen. Alle Parteien, ob Landvolk, Nazis oder Sozialdemokraten, haben uns verraten, was ja auch aus der Zeitung „Der Schaffende Landwirt“ über die Tätigkeit des Landtages hervorgeht. Wir mit der KPD sympathisierenden Elemente unter der Bauernschaft sind aber zu schwach, um uns bei der Reichstagswahl unserer Berufskollegen durchzusetzen und brauchen deshalb die Hilfe der Arbeiter. Zumal auch wir noch nicht über alle Fragen im Klaren sind in bezug auf die Vorschläge der Kommunisten zur Verbesserung unserer Lage, wie auch über die Lage der russischen Bauernschaft.

# „Kommunistischer Reinfall in Dohna“

## „Vernichtet den Kommunismus, damit die SPD keine Koalitionspolitik machen braucht!“

Dohna. Unter dieser Überschrift bringt die Pirnaer Volkszeitung einen Bericht über eine von der KPD einberufene Einwohnerversammlung in Dohna. Die Volkszeitung weist auf die Ausführungen des Genossen Ehrlich über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion nur zu antworten, daß Genosse Ehrlich „Auskland angepöbelte habe“...

„Auskland, in dem man bekanntlich jede Demokratie unterdrückt hat und dafür mit den Mitteln des Terrors und einer Klassenjustiz, wie sie nur die reaktionären Länder auszuweisen haben, gegen die oppositionellen Werttätigen vorgeht und deren Führer verbannt.“

Der SPD-Propagandist hat diese alte abgelebte Blase in der Produktion natürlich nicht aufzuliegen gewagt. Die Volkszeitung behauptet auf die Dummheit ihrer Leser und bringt sie immer wieder.

In dieser Versammlung sprach auch der zur SPD übergetretene Renegat Schwarzberg. Er macht seinem Lehrentmeister Brandler alle Ehre; denn nach der Volkszeitung erklärte er:

„Wenn er auch wisse, daß der Sozialismus nicht durch Übernahme der bürgerlichen Staatsgewalt eingeführt werden könne, da diese vom Kapitalismus abhängig sei, so sei doch die politische Wiederherstellung des Bürgerrechts und die vollständige Vernichtung der kommunistischen Bewegung... von größter Bedeutung für das Proletariat, das dann gerüstet dem Klassenkampf gegenübersteht und nicht mehr auf Koalition angewiesen ist.“

Die Vernichtung der kommunistischen Bewegung, von Schwarzberg propagiert, ist ein Treppennuß der Weltgeschichte. Er paßt gerade noch in die Volkszeitung. Immerhin: er zeigt die enge Verbundenheit der SPD und der Renegaten mit den kapitalistischen Feinden des Kommunismus.

## Reichsbannermitglied als Denunziant

(Arbeiterkorrespondenz)

Pirna. Einer unserer Genossen erhielt dieser Tage einen Strafbefehl in Höhe von 10 RM vom Polizeikommissar Pirna angeliefert, und zwar weil er laut Anzeige am 31. Juli gegen 22 Uhr beim Ansehen von Handzetteln betroffen worden sei. Als Junge dafür wird der Zimmerer Arthur Mann, Neue Dresdener Straße, angegeben. Dieser Mann ist ein überaus eifriges Mitglied der SPD und des Reichsbanners. Trotzdem scheint er sich aber nicht, der Polizei Hilfsdienste zu leisten und durch seine Anzeige einen Arbeiter zur Strafe zu verurteilen. (1799)

## Ein Erwerbsloser arbeitet ohne Lohn

(Erwerbslosenkorrespondenz)

Pirna. Der Arbeiter Karl Köhler, Jöhliker Straße 24, ist zur Zeit arbeitslos und bezieht Unterstützung. Gleichwohl arbeitet er aber bei Rent im Restaurant Schweizerhaus. Wegen Arbeitsmangels sind hier die Arbeiter, die Tariflohne erhielten, entlassen worden. Köhler aber beschäftigt sich dort eifrig als Tischhelfer, und zwar arbeitet er dort von 7 bis 20 Uhr! Hierfür erhält er angeblich nur das Essen. Es ist geradezu unverständlich, daß die Polizei zu solchen Arbeiten hergeben. Wir wissen genau, daß die Unterhaltungen minimal sind und kaum zum allernotwendigsten Lebensbedarf reichen. Actnesfalls werden wir darüber schreiben, wenn sich ein Erwerbsloser einen kleinen Zulauf verdient, wenn sich ein Erwerbsloser einen kleinen Zulauf verdient. Derartige Methoden aber sind unproletarisch und daher auch ansperrig. Arbeiter Köhler scheint ein notorischer Vorkämpfer und Unternehmerrückläufer zu sein. Früher war er bei der Firma Schumann, Eisenwaren, als Werkhelfer tätig und hat auch dort weit unter Tarif gearbeitet. Wird er jetzt zur Einsicht kommen?

## Königsteiner Anzeiger verächtigt

(Arbeiterkorrespondenz)

Königstein. Am Montag dem 4. August schrieb der Königsteiner Anzeiger, daß am Sonntag dem 3. August 10 kommunistische Lakaios mit 3 Anhängern hier ankamen. Die Anführer der Autos hätten aussteigen wollen, um am Bahnhof eine

Demonstration durchzuführen. Durch das energische Einschreiten der Polizei wäre das verhindert worden und sie hätten unverrichteter Dinge nach Pirna abfahren müssen. Das ist großer Schwindel! Die Königsteiner Polizei hat sie nur auf den großen Platz am Bahnhof aufgetrieben. Ein Genosse der KPD erzwang eine Verhaftung, die auch erfolgte und welche belegt, daß das Zutrittverbot nach dem großen Parteitag unumstößlich und zerräubernd gewesen sei, weshalb die Demonstration unterblieb.

Arbeiter von Königstein! Werft dieses Heßblatt aus eurer Wohnung, legt die Arbeiterstimme und wählt am 14. September die Liste 4!

## Unerhörte Lehrlingschinderei

(Arbeiterkorrespondenz)

Königstein. Bei dem Fördermeister Somar Kühne ist ein Lehrling aus Hinterjessen beschäftigt. Der Lehrling verlor in der Kadastreue etwas Geld, was Frau Kühne bemerkte. Diese kam darauf so in Wut, daß sie nach einem Gummischlauch griff und den Lehrling bis auf die Straße hinaus verprügelte. So leben diese Herrschaften aus. Sonntags rennen sie in die Kirche und reden dann von christlicher Nächstenliebe. Sie glauben aber, mit einem Lehrling können sie Schindluder treiben. Die Lehrlinge müssen sich zusammenschließen, und zwar im kommunistischen Jugendverband. Auch die Proletarier müssen daraus die Konsequenzen ziehen und am 14. September die Liste 4 wählen! (1803)

## Generalappell in Weindöbbla

Alle Genossinnen und Genossen müssen kommen. Keiner darf fehlen. Sonnabend den 16. August 1930 Uhr im Weindöbblen. Außer den Parteimitgliedern nehmen alle Genossinnen und Genossen des KPD, NS, der NS, Freidenker und der Antifa an dieser Versammlung teil.

# Die Baukner Polizei blamiert sich wieder...

## Der Baukner Waggonarbeiter unter Anklage wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz

Baukner. Einen mächtigen Reinfall erlebte die löslane Baukner Polizei mit ihrem Kommandanten Förster. Die Baukner Arbeiterkassen wird sich vor Vorken den Bauk halten müssen über die Weisheit des Herrn Förster.

Am Juni 1930 verurteilten einige Arbeiter vor den Baukwerken die Betriebszeitung „Der Baukner Waggonarbeiter“. Der Betriebsleiter, Wigel, wollte den Arbeitern das Verlassen der Betriebszeitung verbieten. Er wurde ausgelacht und ein Genosse bestellte ihm durch den Fortier einen kommunistischen Gruß; er solle sich nicht um Sachen kümmern, die ihn absolut nichts angehen und von denen er nichts versteht. Kiesel stellte nun bei der Polizei Antrag auf Beirufung der Zeitungswerkstätten. Die Baukner Polizei, ein williges Organ der kapitalistischen Gesellschaft, wollte dem Verkäufer ein Ding drehen. Aber sie mußte sich von unseren Genossen jagen lassen, daß sie dazu keine paktierten Hosen hätte. Weil das Vertrauen nun nicht ging, kann man auf etwas anderes. Herr Oberkommissar Ullrich studierte den „Waggonarbeiter“ und entdeckte, daß die kapitalistische Republik in Gefahr ist. Welt nun die Baukner Polizei ansehend sehr wenig zu tun hat, bearbeitete sie den „Waggonarbeiter“, um ihn der Staatsanwaltschaft recht schmackhaft zu machen. Diese hatte aber wenig Verständnis für die Anklagen der löslane Baukner Polizei und stellte am 18. Juli das Verbot wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz ein. Wieviel Arbeit hat sich wohl Herr Ullrich gemacht, um den Baukner Kommunisten eins auszuwaschen. Wieviel Karger wird er jetzt haben, daß ihm dieser Schilddrüsenkreuz nicht gelingen ist. Ob ihm Herr Förster dafür böse sein wird?

## Genossen, beachtet die preßgesetzlichen Vorschriften bei legalem Werbematerial!

In den letzten Tagen erhielten mehrere Genossen Verordnungen und Strafbefehle wegen Verstoßes gegen das Preßgesetz, da die Betriebs- und Ortszeitungen nicht rüchichtslos veröffentlicht geworden waren. Die Genossen müssen folgendes beachten: Es genügt nicht, nur den verantwortlichen Schriftleiter anzugeben, sondern auch Druck und Verlag. Jede Betriebs- und Ortszeitung, die legal herausgegeben und vertrieben wird, muß also folgendermaßen gekennzeichnet werden:

Verantwortlich für Inhalt, Druck und Verlag: (Name und Vorname, Wohnort).

Dies gilt auch für Flugzettel, Versammlungseinladungen usw. Und nun an die Arbeit! Heraus mit den Betriebs-, Häuserblock- und Ortsgruppenzeitungen! Redaktionskollegien, vor die Front!

# Die DMB-Bürokratie für Pomag-Streitabbruch!

### Zu Verhandlungen bereit!

In einer Streikerversammlung der Pomag-Arbeiter berichtete Kreischmar vom DMB über ein Schreiben, das vom Oberbürgermeister Schumann eingegangen ist und das den Vorschlag enthält, ein unparteiisches Schiedsgericht zur Beilegung des Kampfes in Pomag einzuberufen. Mit großen Worten erklärte Kreischmar, dass diese Verhandlungen unverbündelt sein sollen. Er meinte, dass diese Verhandlungen unverbündelt sein sollen. Er meinte, dass diese Verhandlungen unverbündelt sein sollen.

Die Ausführungen Kreischmars bestärkten das vor einiger Zeit durch den DMB herausgegebene Rundschreiben, in dem den Streikenden die Anweisung gegeben wird, sich bei einem Schnabbaubau, der tragbar erscheint, nicht so hochzeitig zu stellen, weil die wirtschaftliche Lage der Industrie es erfordert.

Für die jetzigen Verhandlungen ist überhaupt keine Grundlage vorhanden, weil man lediglich über den Abbau der Löhne sprechen kann. Die Opposition hat eine Reihe von Forderungen auf Lohnerhöhung aufgestellt. Diese Forderungen würden eine tragbare Verhandlungsgrundlage sein. Es darf auf keinen Fall verhandelt werden, wenn der Lohnabbau nicht zurückgezogen wird.

Genosse Mittag warnte ebenfalls die Kollegen und schilderte die Situation des Streikes. Dieser Streik sei kein lokaler Streik, wie es die Reformisten gern sehen möchten, sondern sei ein Versuch der Metallindustriellen auf die Lebenshaltung der sächsischen Metallarbeiter. Die Verhandlungsbürokratie hätte schon längst die Kampffront erweitern müssen. Hier handelt es sich nicht um die Angelegenheit der Metallarbeiter, sondern der gesamten Produktionskraft. Zum Schluss forderte Genosse M., auf sich nicht durch Verhandlungen vom Kampf abhalten zu lassen, sondern sich auf die schwachen Stellen des Unternehmertums vorzusetzen. Er verlas dann nachstehende:

#### Erklärung der KGD:

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition erachtet als unerlässliche Voraussetzung für die heftige Abwehr des Lohnabbauangriffes der Pomag-Direktion folgende Maßnahmen für notwendig:

1. Wahl von Delegierten der Pomag-Belegschaft zum Landeskongress der KGD am 9. und 10. August in Dresden. Die Delegierten werden bevollmächtigt, auf der dortigen Industriegruppentagung und dem gemeinsamen Kongress folgende Kampfentscheidungen der Pomag-Belegschaft zu vertreten:
  - a) Organisierung von Belegschaftsversammlungen in den sächsischen Metallbetrieben und Betrieben anderer Produktionszweige, wo freilebende Pomag-Arbeiter sprechen;
  - b) Isolierte Organisierung der Wahlen für vorbereitende Kampfleitungen in allen Betrieben;
  - c) praktische Solidarität mit den streikenden Pomag-Arbeitern durch Aufnahme des Kampfes gegen die Lohnabbauoffensive der Unternehmer, für den Siedentag, Verteidigung und Erhöhung der Reallohn, Einreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess;
  - d) Organisierung der Unterstützungsfaktion für die kämpfenden Pomag-Arbeiter: einen Stundenlohn auf die Listen der KGD und IAB für die Pomag-Arbeiter;

- e) Annahme, Behätigung und Verbreitung eines besonderen Kampfschlusses der Pomag-Belegschaft an alle Betriebe.
2. Maßnahmen zur Verbreiterung der Kampffront in Pflaun. Belegschaftsversammlungen in allen Betrieben, wo freilebende Pomag-Arbeiter sprechen. Wahl vorbereitender Kampfausschüsse. Gemeinsame Kampfdemonstrationen mit den Erwerbslosen und Betriebslosen. Organisierung des Kampfes der Pflauner Arbeiter gegen die Lohnabbauoffensive der Unternehmer. Für den Siedentag, Verteidigung und Erhöhung der Reallohn, Einreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess.
3. Einheitsfront aller Arbeiter. Neuwahl einer Kampfleitung durch die gesamte Belegschaft, die sich verpflichtet, die Kampfleistungen der Belegschaft durchzuführen. In der Kampfleitung müssen vertreten sein: organisierte und unorganisierte Kollegen, Lehrlinge und Frauen der Streikenden.
4. Schluß des Streikes. Die neue Kampfleitung wird beauftragt, sofortige Fühlung mit dem Erwerbslosenausschuss zu nehmen sowie Herstellung der Einheitsfront der Streikenden und der Erwerbslosen und Organisierung des gemeinsamen Streikschlusses von Streikenden und Erwerbslosen.
5. Verklingsfragen. Die Belegschaftsversammlung und die neue revolutionäre Kampfleitung verpflichten sich, die besonderen Forderungen der Verklings alle ihre eigenen Forderungen zu betrachten und sie mit allen Kräften zu unterstützen.

Kollegen! Noch ist es nicht zu spät. Aber jeder Tag und jede Stunde der Passivität schwächt unsere Kräfte, verurteilt uns zur Tatenlosigkeit und füllt die Kraft der Unternehmer, die in Pflaun einen Durchbruch versuchen.

### Vorwärts zur proletarischen Offensive!

Kreischmar versuchte, die sachlichen Angriffe der oppositionellen Kollegen zu widerlegen. Er bittet dann weiter um die Vollmacht, daß er am Montag mit dem Unternehmer verhandeln kann. Er versicherte (wie er es schon so oft getan), daß die sicherste Garantie bei den Verhandlungen und keine Gefahr bestünde. Mit schwacher Mehrheit (weil sich der überwiegende Teil der Kollegen der Stimme enthielt) wurde die Zustimmung zum Schnabbaubau erteilt. Gen. Körner weist noch auf die 2. Lebensmittelovertierung der IAB hin.

Die KGD hat bereits zu Beginn des Streikes auf die Verhandlungsbürokratie der Verbandsbürokratie hingewiesen. Es ist keine Einzelerkenntnis, daß seitens der Reformisten versucht wird, den Streik abzumürgen. Kein denkender Arbeiter glaubt die Märchen von der Gefährlichkeit der Verhandlungen, sondern ist überzeugt, daß das Ergebnis zuungunsten der Metallarbeiter ausfallen muß. Die Verhandlungsbürokratie des DMB muß ein Signal sein für die gesamte Belegschaft Sachsens. Niemals darf eintreten, daß durch die Bürokraten des DMB der Streik, der erfolgreich angefangen wurde, auf schändliche Art abgedreht wird. Alle Metallarbeiter Sachsens müssen Stellung nehmen zu der KGD. In jedem Betrieb müssen vorbereitende Kampfausschüsse gewählt werden. Nur dann ist es möglich, den schändlichen Plan der Reformisten zu durchkreuzen und den feuchten Angriff der sächsischen Metallindustriellen abzuwehren.

## Polizeischuß für Lohndrücker

### Oberlausitzer Webstuhlfabrik in Neugersdorf führt 15 prozentigen Lohnabbau durch / Der Metallarbeiterverband billigt den Lohnabbau / Sozialdemokraten als Lohndrücker

(Arbeiterkorrespondenz)

Nach kurzer Stilllegung hat die Firma Roscher (Oberlausitzer Webstuhlfabrik) in Neugersdorf am Montag ihren Betrieb wieder eröffnet. Den ehemaligen Betriebsangehörigen war durch Anschlag bekanntgegeben worden, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen könnten, wenn sie bereit wären, zu den neuen von der Firma festgesetzten Bedingungen zu arbeiten, das heißt, wenn sie sich mit einem Lohnabbau von 10 bis 15 Prozent einverstanden erklären. Zehn 50 Mann, darunter 40 Stamme SPD-Arbeiter, dem Deutschen Metallarbeiterverband angehörend, hatten den traurigen Mut, in den Betrieb zu gehen. Eine große Zahl Arbeiter und Erwerbslose standen vor dem Betrieb, um

diele an der Arbeiterschaft Verrat übergenden Elemente fennen zu lernen und sie auf ihr Verhalten aufmerksam zu machen. Der Firma passte dies jedoch nicht, und als am Abend die Arbeiter und Erwerbslosen wieder vor dem Betrieb standen, ließ man Ueberfallkommandos auffahren zum Schutze der Lohndrücker. Die Arbeiter ließen sich dadurch nicht beirren und erschienen am folgenden Dienstag wieder vor dem Betriebe. Dieser Vorgang ist wiederum ein Beweis dafür, daß die Unternehmer die Betriebsstilllegungen nur zu dem Zweck durchzuführen, um die Löhne der Arbeiter zu drücken und verschärfte Nationalkürzungsmaßnahmen einzuführen. Obwohl das den Behörden bekannt ist, geben sie die Zustimmung zu Betriebsstilllegungen, während auf der anderen Seite die reformistischen Gewerkschaftsaktionen auch nicht das geringste zum Schutze der Arbeiter tun. Hier hilft nur die KGD, und es ist dringend notwendig, daß die Arbeiter in jedem Betriebe eine Betriebsgruppe der KGD schaffen und den Kampf gegen Lohnraub aufnehmen. (1807)

## Nicht zögern —

Genossinnen und Genossen — opfert einige Stunden zur Werbung für eure Presse. Meldet eure Bereitschaft noch heute der Zellenleitung!

## Sie braucht euch!

### Jungarbeiter, rechnet ab am 14. September!

## Die Sozialdemokratie für Arbeitsdienstpflcht!

### Bremer Volkszeitung fordert Arbeitsarmee unter Führung der Gewerkschaften

Berlin, 13. August.

Tag auch die Sozialdemokratie die Arbeitsdienstpflcht fordert, so ist aus folgenden Zeilen der Bremer Volkszeitung hervorzuheben. Das Organ der SPD und der freien Gewerkschaften schreibt dem Voranschlag der Wirtschaftspartei am 11. Juli folgendes:

„Es wäre sehr schön, wenn man den Arbeitsmarkt durch eine Heerzuzugnahme der jugendlichen Arbeitskräfte für arbeitsdienstmäßige Arbeit entspannen könnte. Es würde auch nichts schaden, wenn man dem schäumenden Kraftgefühl, das sich Tag für Tag und Nacht für Nacht in den Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ausprägt, fruchtbringende Betätigungsmöglichkeiten bieten könnte (!!). Aber mit diesen Wünschen, die gewiß neun Zehntel der deutschen Bevölkerung teilen, ist noch gar nichts getan. Ganz so einfach, wie sich die Herren Wirtschaftsparteiler die Dinge zurechtlegen, liegt ein Arbeitsdienstpflchtproblem denn doch nicht. Auch das neue Arbeitsdienstmilitär kostet Geld. Das erste Ziel müßte sein, daß sich diese Arbeitsarmee zunächst einmal selbst ernährt und versorgt. Hierfür wären aber genaue Berechnungen notwendig. Noch schwieriger ist die Lösung der Führerfrage. Eine deutsche Arbeitsarmee ist, wenn sie möglich ist, nur möglich unter Führung der Gewerkschaften.“

Die SPD spricht sich hier ausdrücklich für die Einführung der Arbeitsdienstpflcht aus. Sie will nur die Führerfrage selbst stellen. Die deutsche Arbeitsarmee mit 100 Tausend, unter Führung der Gewerkschaftsbürokratie, das ist das Ideal der SPD!

## Vertrauensarzt verschuldet den Tod einer Postangestelltenfrau!

### Die Arbeit des Postvertrauensarztes Dr. Wirsch.

Dresden-N. 1, Wettinerstraße

(Arbeiterkorrespondenz)

Eine Frau im Alter von 33 Jahren kam zu dem Betriebsvertrauensarzt Dr. Wirsch, Wettinerstraße, zwecks Untersuchung, da sie heftige Schmerzen in der Leistengegend hatte. Auf ihrer Arbeitsstelle war sie 3 Stufen heruntergefallen. Als sie dem Arzt ihre Beschwerden mitteilte, wurde sie gefragt, ob sie etwa keine Kinder haben wolle. Die Kranke überhörte absichtlich diese „wahnende“ Frage und erhielt nach oberflächlicher Untersuchung eine Spülkanne verschrieben (Sorgador). Im übrigen ließ sie gesund, erklärte Dr. Wirsch. Darauf geht ihr Mann mit ihr zum Arzt und sagt, daß seine Frau doch heftige Schmerzen

habe. Aber Dr. Wirsch konnte ein Krankheitsbild nicht „verantworten“. Die Frau geht nach Hause und ist der Meinung, es würde schon besser werden. Doch, leider nicht. Um ihre Stelle nicht zu verlieren verlor sie trotzdem, zu arbeiten. Aber es ging wirklich nicht.

Kam ging sie zu einem Arzt auf der Schickstraße und wurde von diesem sofort krank geschrieben. Nach 2 Tagen mußte sie in die Klinik übergeführt werden und nach 14 Tagen war sie auf dem Friedhof. Der Ehemann der Verstorbenen geht nun nach dem Tode seiner Frau zu Dr. Wirsch und macht ihm wegen seines Verhaltens die größten Vorwürfe. Die Antwort war, daß das der Doktor machen könnte, wie er wollte.

Proletariat! Erkennt ihr, daß ihr in den Augen solcher Ärzte nur noch Objekte seid, die eben nicht arbeiten und keine Kinder haben wollen!

„Die Bourgeoisie hat nicht nur den Richter, sondern auch den Arzt zu ihren bezahlten Lohnsklaven gemacht“, jagte Carl Moore.

## Ein Unternehmer bietet dem Lehrling Prügel an

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Deutschnationale Wincke, Mitbesitzer der Autogarage Pohl & Wincke, Dresden-Striepen, Augustburger Str. 12, verleiht mit seinem Lehrling und dem Hausbewohnern in einem Sandherdenton umzupringen. Kürzlich war der Lehrling dieses Wincke mit dem Abwaschen des Privatautos beschäftigt. Herr Wincke kam dazu und schmeißte den Lehrling an:

„Willst du nicht so viel Wasser vermanischen, du Schwein. Ich habe dir gleich ein paar in die Fresse, du sauler Hund.“ Solche Worte kann man jeden Tag hören.

Ein Mitbewohner des Hauses beschwerte sich über diese feige Behandlung des Lehrlings, worauf ihm Wincke zur Antwort gab:

„Halt deine Fresse, du Hündchen!“

Die Bewohner des Hinterhauses erklärten diesem „von Bildung kriegenden“ Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, daß sie diesen Vorfall der Arbeiterschaft berichten würden, worauf dieser Hugenbergmann antwortete:

„Da greif ich mir deswegen nicht an den Krüch!“

Diese Lehrlingshinder preisen sich jetzt als die „Retter“ Deutschlands. Leider hat ein großer Teil der Arbeiter und der Lehrlinge immer noch nicht seine Aufgabe erkannt. Die Pflicht der Lehrlinge ist es, sich dem kommunistischen Jugendverband anzuschließen und mit den übrigen Klassenossen gegen derartige Elemente zu kämpfen. (1813)

## DMB-Bezirksleiter kommt zur SPD

Der Bezirksleiter vom Deutschen Landarbeiterverband, Kollege Woid, der 1800 Landarbeiter in seinem sächsischen Bezirk 3 organisiert hat, ist zur SPD übergetreten. In einer am 7. August in Bunzlau abgehaltenen Versammlung der SPD sprach nach dem Referat des Genossen Wollweber der Genosse Woid und deckte unverhohlen den Verrat der Jungen vom DMB auf. Mit Abscheu wandte er sich von der Partei des Arbeiterverrats, der SPD, und zerrig unter tosendem Beifall der Arbeiter sein SPD-Mitgliedsbuch. Dieser Schritt des Kollegen Woid ist ein Zeichen, daß die Landarbeiter erwachen. Alle Kollegen müssen sich der SPD anschließen und in Massen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition führen.

## Unternehmerfreiheit

(Arbeiterkorrespondenz)

Bei dem Viehhändler Max Kiesel, Dresden-N., Müller-Bejel-Str. 20, war seit dem 3. Januar 1925 ein Gehilfe beschäftigt. Dieser wurde am 31. Juli entlassen. Auf der Beilegung des Unternehmers an das Arbeitsamt wird als Entlassungsgrund wörtlich angegeben:

„Seit seiner Verheiratung nicht mehr zu gebrauchen trah in der Sten Stunde lassen aus dem Bett holen seinen Pflichten in der Stellung nicht mehr nachkommen Wenn ich Sonntag's nachmittags im Stall kam machte ich selbst die Ruhe füttern.“

Seit dem 15. Mai 1925 ist der Betreffende verheiratet, und es steht fest, daß er seinen Dienst genau so ausgeführt hat wie früher. Der wahre Grund der Entlassung ist, daß die Frau des Gehilfen hart mit der revolutionären Bewegung sympathisiert, was dem Viehhändler zu Ohren kam. Am 31. 7. erfolgte die Entlassung. Trotz mehrmaligem Drängen weigerte sich der Viehhändler, die Arbeitsbefreiung herauszugeben, und erst am 10. August bequeme er sich dazu. In der Arbeitsentlassungsbefreiung läßt aber der Viehhändler noch eine Urkundenfälschung oder Betrug aus. Der Wochenlohn des Gehilfen betrug 40 Mark. Als Monatsverdienst in der Entlassung sind 120 Mark angegeben, also 80 Mark zu wenig. Sehr wahrscheinlich hat der Viehhändler, um die Versicherungsbeiträge zu sparen, den Betreffenden auch nur zu 120 Mark angemeldet. Die Folge ist, daß der Gehilfe jetzt um einen beträchtlichen Teil seiner Arbeitslosenunterstützung getrennt wird. Das Arbeitsamt Dresden hat mit der Begründung, daß die Entlassung durch eigenes Verschulden erfolgt sei, dem Gehilfen 6 Wochen die Unterstützung gesperrt, so daß der Betreffende vom Entlassungstag an gerechnet noch 8 1/2 Wochen zum erstenmal Unterstützung erhält. Das sind die Auswirkungen der Verschlechterungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes durch die Müller-, Wiffell- und Brüning-Regierung. Eine Lehre müssen die Gehilfen der landwirtschaftlichen Betriebe aus diesem Vorgang ziehen, und zwar die, sich den revolutionären Arbeitern anzuschließen und mit diesen um ihre Rechte kämpfen. Sowohl gegen den Entschluß des Arbeitsamtes wie gegen die Angaben des Entlassungsgrundes ist Beschwerde beim. Klage erheben, und es wird sich zeigen, daß trotz dieser skandalösen Vorgänge auch die angerufenen Instanzen im Sinne des Viehhändlers entscheiden. Was aber sagt der Staatsanwalt zu diesem Betrug, der jeden Tag durch die Schnelljustiz hungernde Arbeiter verurteilt, die sich eines kleinen Vergehens schuldig machen? (1782)

# Wieviel hat euer Betrieb für den Wahlfonds gesammelt? Berichtet!

# Rund um den Erdball

Doch nicht namenlos in der Fremde gestorben

## Königssteiner Selbstmörder erkannt

Mit einer Wäscheleine ging diese ruinierte Hamburger Mittelständlerfamilie auf Reisen

Hamburg, 14. August. Unsere Vermutung, daß die drei Personen, die am Montag morgen in Königsstein im Taunus an Bäumen erhängt aufgefunden wurden, eine vom Kapitalismus ruinierte Mittelständlerfamilie sei, die von weither gereist kam, um in der Fremde unerkannt zu sterben, hat sich als leider nur zu wahr erwiesen.

Wie die polizeilichen Nachforschungen ergeben haben, handelt es sich hier um

die Familie, also Mann, Frau und Tochter, des Hamburger Hausmalers Koch.

Der Entschluß Kochs, seiner Frau und der Tochter, aus dem Leben zu scheiden, ist zweifellos auf geschäftliche Schwierigkeiten zurückzuführen. Am Donnerstagabend hat die Familie Koch ihre Hamburger Wohnung verlassen. Bereits in der Nacht zum Freitag haben Bekannte der Familie, die aus gewissen Anzeichen das Schlimmste vermuteten, die Tür gewaltsam aufbrechen lassen. Doch fanden sie keinerlei Hinweis, wohin sich die Vermissten begeben hatten.

Wie auch wir bereits am Mittwoch berichteten, hatten die Verzweifelten alle irdentlichen Vorbereitungen getroffen, um ihren Selbstmord zu verschleiern.

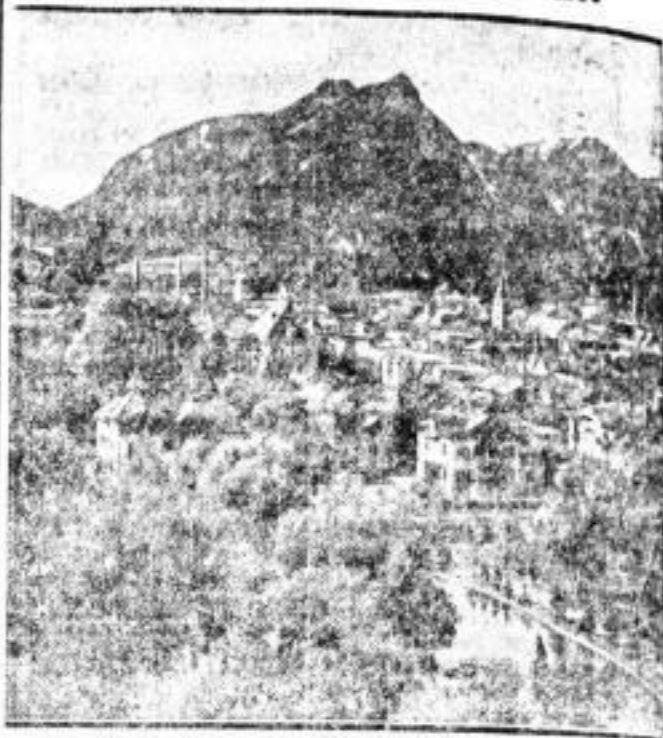
Der Mann hatte nicht nur den Namen aus dem Hutlutter herausgeschritten, sondern auch sämtliche Firmennamen aus den Kleidern und Mänteln entfernt.

Nedriglich in einem Taschentuch fand man ein Monogramm mit den Buchstaben M. K. Nur die in der Handtasche der Frau aufgefundenen Fahrscheine gaben fast den einzigen Anhalt zur Feststellung der Persönlichkeiten.

Die Wäscheleine, mit der die Verzweiflungstat ausgeführt wurde, ist offenbar von Frau Koch eigens zu diesem Zweck von Hamburg mitgenommen worden.

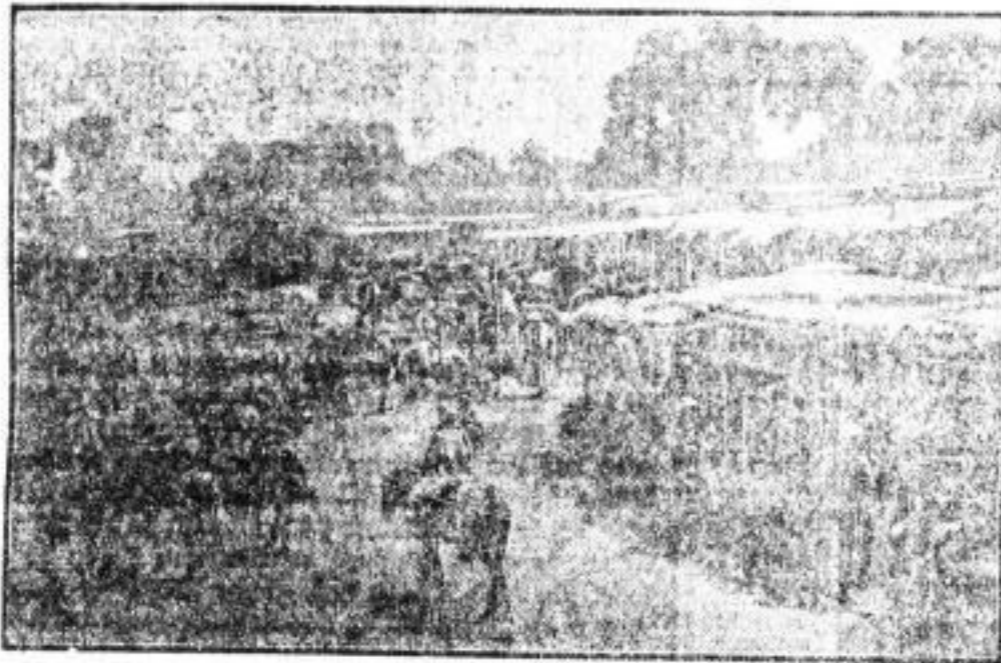
Unsere Behauptung, daß diese vom Kapitalismus ruinierten Mittelständler genau wie todeswunde Tiere, die sich im tiefsten Döck des Waldes zum Sterben verbergen, in die Fremde gereist sind, um namenlos ihrem Elendobdasein ein Ende zu bereiten, ist damit bestätigt. Aber damit auch zum hunderttausendsten Mal die ungeheure Stoffschuld des kapitalistischen Systems, in dem gleichermäßen Proletariat und Kleinbürger, die sich nicht zum totalen Klassenkampf bekennen können, „freiwillig“ in den Tod gehet werden. Ist das ein Ausweg? Nein, und tausendmal nein! Selbstmord ist und darf kein Ausweg sein! Sondern ausschließlich der organisierte rücksichtslose Klassenkampf gegen den Mörder Kapitalismus.

## Wolkenbruch über Bad Reichenhall



Wie bereits gestern gemeldet wurde, ist über Bad Reichenhall in Südbayern und seiner Umgebung ein schwerer Wolkenbruch niedergegangen, der in kürzester Zeit die Gebirgsbäche zu reißenden Flüssen anschwellen ließ. Wasser und Sandmassen drangen in den Ort ein, überfluteten meterhoch Straßen und Keller. Unser Bild zeigt das herrlich gelegene Bad Reichenhall, einen Kurort der Zahlungskraftigen.

## Kurdische Siedlungen in Arrarat



Der kurdische Volksstamm, der zur Befestigung der feudalabsolutistischen Herrschaft in der Türkei eine ähnliche Rolle spielte wie die Kosaken im zaristischen Rußland, ist gegen die türkische Regierung auf englische Treibereien hin in den Aufstand getreten. England verfolgt konsequent das Ziel, einen Krieg zwischen der Türkei, die bekanntlich einen Freundschaftsvertrag mit Sowjetrußland hat, und Persien zu provozieren. Unser Bild zeigt das Leben dieses von England gekauften Volksstammes.

## Bergwerkskatastrophe in British-Columbia

Bisher drei Klumpen als Leichen geborgen — 40 noch eingeschlossen

London, 14. August. Eine schwere Schlagwetterexplosion ereignete sich in der Nacht zum Donnerstag im Coalmont-Bergwerk bei Princeton in British-Columbia. 43 Bergleute wurden durch die hereinströmenden Gesteinmassen im Hagelstoß eingeschlossen. Bisher gelang es, drei Klumpen als entsetzlich verkrümmte Leichen zu bergen.

## Schwerer Wirbelsturm in Neapel

Drei Todesopfer, riesige Ueberschwemmungen

Rom, 14. August. Neapel wurde am Donnerstag früh von einem ungewöhnlich heftigen Wirbelsturm heimgesucht, der drei Todesopfer forderte. Der Sturm wüthete am stärksten in dem Fabrikviertel von V. A. S. wo Einfriedigungsmauern einer Fabrikanlage einstürzten, wobei zwei Personen unter den Trümmern begraben wurden. Auf dem Markt wurden sämtliche Verkaufsstände zerstört, wobei eine weitere Person getötet und 20 zum Teil schwer verletzt wurden. In ganz Italien sind heftige Unwetter niedergegangen. Besonders in Rom tobte ein schweres, mehrstündiges Gewitter, das stellenweise riesige Ueberschwemmungen verursachte.

## Mörderisches Spielzeug

Durch die Explosion eines Granatzünders drei Kinder getötet

Venua, 14. August. Auf dem Exerzierplatz bei Finale Marina in Italien fanden Kinder beim Spielen einen Granatzünder. Als sie sich daran zu schafften machten, explodierte das gefährliche Spielzeug. Zwei Knaben und ein Mädchen wurden auf der Stelle getötet. Ein anderer Knabe erlitt so schwere Verletzungen, daß ihm beide Beine amputiert werden mußten.

## Drei Knaben vom Blitz erschlagen

In dem westfälischen Ort Billmerich bei Soltau wurde schlag am Mittwoch nachmittag der Blitz in einen Baum, unter dem vier Knaben im Alter von 9 bis 13 Jahren Schutz vor dem Gewitter gesucht hatten. Dabei wurden drei Knaben getötet, während der vierte eine schwere Lähmung davontrug.

## Offener Rechtsanwalt veruntreute 1 1/2 Millionen Mark

Der Essener Rechtsanwalt und Notar Dr. Untrop ist verhaftet worden. Es werden ihm Unterschlagungen und betrügerische Machenschaften zur Last gelegt, die nicht weniger als 1 1/2 Millionen Mark betragen sollen.

## Flugzeugabsturz in Lothringen

Bei Saury-sur-Mied in Lothringen ist ein Militärflugzeug brennend abgestürzt. Die beiden Passagiere, ein Leutnant und ein Sergeant der französischen Armee, waren sofort tot.

## Verhaltungen im Lübbener Kindermord

## Grete Schades Mörder aber in Freiheit

Sozialdemokratischer Schupo — Sündenbock für die Hauptschuldigen

Lübben, 14. August. Die Kottbuser Staatsanwaltschaft, die bekanntlich die Untersuchung über den Selbstmord der 16jährigen Gertrud Schade in Händen hat, hat einen der Schuldigen, die das unglückliche Arbeitermädchen in den Tod gehet haben, nunmehr verhaftet. Nanu, so schnell? werden sich die Arbeiter verwundert fragen. Gemach, denn der Verhaftete ist in dieser aufsehenerregenden Kleinstadtsache selbstverständlich nur der kleinste Sünder. Der eigentliche Hauptschuldige, also der Amtsgerichtsrat Werchfall, erkreut sich nach wie vor seiner Freiheit.

Der von der Staatsanwaltschaft auf den Druck der empörten Bevölkerung von Lübben und Umgebung hin Verhaftete ist der Hauptwachmeister May, nebenbei ein starrer Sozialdemokrat.

Er wurde seines Amtes enthoben und ihm das Tragen der Uniform verboten. Gleichzeitig wurde gegen ihn ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Amtsenthebung eingeleitet. Dieser uniformierte Republikbeschützer ist in der Hauptsache verantwortlich für den ungeheuerlichen Skandal des Transportes Grete Schades mitten durch die belebte Kleinstadt.

Wer also geglaubt hat, daß der Kottbuser Staatsanwalt seinen Klaffengossen, dem Amtsgerichtsrat Werchfall, ins Rittchen stecken würde, hat sich also wieder einmal getrr! Trotzdem es einwandfrei feststeht, daß

dieser alte Klassenrichter vorzeitig und nur auf einen haltlosen Verdacht hin das Mädchen der Polizei übergab

und es dadurch unmittelbar in den Tod schickte, denkt der Staatsanwalt nicht daran, diesen Hauptschuldigen zu verhaften. Um aber der erregten Bevölkerung zu zeigen, daß dieser Kindermord „bestraft“ werden soll, mußte also der kleine Sünder, Sozialdemokrat May, dran glauben. Doch das Mandat der Kottbuser Staatsanwaltschaft, das die Aufmerksamkeit von dem

Schuldigen Amtsgerichtsrat ablenken will, ist zu offenkundig. Darauf fällt kein Arbeiter mehr herein! Wie fordern daher mit aller Entschiedenheit, daß Amtsgerichtsrat Werchfall und seine mitschuldige Frau ebenfalls ohne Ansehen ihrer „gesellschaftlichen Stellung“ behandelt und verhaftet werden.

## Kurdische Stammeshäuptlinge





# PROLETARISCHES FEUILLETON

Der Alkoholismus geht in Sowjetrußland zurück

## Die Alkoholfrage in USSR.

### Ungeheure Propaganda gegen Alkoholismus

„Der Alkoholismus und seine Bekämpfung in der Sowjetunion.“ Unter diesem Titel hat unser Kollege Dr. Wilhelm Swienty eine Arbeit verfaßt, die demnächst in der Zeitschrift „Die Alkoholfrage“, Verlag „Auf der Wacht“, Berlin-Dahlem erscheinen wird.

#### Alkoholismus unter dem Jartismus

Die Trunksucht ist ebenso wie die Prostitution, die Geschlechtskrankheiten und andere Seuchen eine Folge sozialer Missstände. Das zaristische Regime lebte geradezu von der Schnapsindustrie. Das russische Budget konnte nur noch mit Hilfe des staatlichen Schnapsmonopols zwischen 1880 und 1913 jährlich 11 bis 12 Milliarden Rubel einbringen. Die unter Alexander II. regierenden Minister und Sozialrevolutionäre brachten selbstverständlich außer Achtlassung.

#### Trozkis war schon damals ultralinks

Nach der Wladimirer Revolution im November 1917 nannten die Bolschewiken mit der Alkoholbekämpfung Ernst. Zunächst freilich noch Genosse Swienty feststellte, daß der ultralinksche Erlass Trozkis vom 28. Januar 1918, der viel zu weit ging, nicht einmal in der regulären Truppe durchführbar war. Das war ein ultralinkscher, wirtschaftsfeindlicher Vorstoß gegen die Ansofgehenden, die in den ersten Tagen der Revolution mit ihrer Fülle die Menschen. Alle Verfügungen und Erlassen erwiesen sich als wirkungslos. So, wie wir das mittlerweile in einigen Bürgerstaaten mit ähnlich „radikalen“ Maßnahmen erlebt haben. Und so sah sich die Sowjetregierung Ende 1925 gezwungen, den Wirtstakt der Alkoholpolitik zu überdenken. Sie mußte sich in ihrem Kampfe genauer der Wirklichkeit anpassen.

#### Neue Politik zur Bekämpfung des Alkoholismus

Man ging zu anderen Methoden über. Die Regierung nahm die Herstellung und den Verkauf alkoholischer Getränke in die Hand. Alkoholtrinker werden in den über das ganze Land gestreuten Arbeitsdispensaren menschenfreundlich behandelt und auskuriert und später in Antialkoholorganisationen aufgenommen, deren wichtigste sich „Gesellschaft zur Bekämpfung des Alkoholismus“ nennt. Dem Volkswirtschaftler für Gesundheitswesen ist die wichtige Antialkoholaktion eingeleitet.

Die Gesetze zur Bekämpfung des Alkoholismus von 1925, 1927 und 1929 geben dem lokalen Arbeiter- und Bauernrat weitgehende Vollmacht. Jugendlichen und Erwachsenen darf niemals Alkohol verkauft werden. In Arbeiterclubs, Wohnheimen, Theatern, öffentlichen Erholungsstätten jeder Art und so weiter darf kein Alkohol ausgeführt werden. An Verkaufsstellen ist der Verkauf nach Möglichkeit zu verbieten. Jede deutsche Arbeiterfrau wird den Wert dieser nunmehr ernsthaft durchgeführten Vorkehrungen verstehen!

#### Niespropaganda

Unterstützt werden diese Vorkehrungen durch eine großartige Propaganda. Gegen den Alkohol wurden in einem einzigen Jahr 200 Millionen Flugblätter, 722.000 Broschüren und 402.000 Stück „sonstiger Literatur“ über das ganze Land verbreitet. Staatliche Filme, Radioansagen und Theateraufführungen wetteifern miteinander. Besonders wertvoll und wichtig ist das Klubleben, der Sport einer neuen, auch ohne Alkohol geistig erregten Geselligkeit und die Liquidierung des

#### Worin Ungarn vorbildlich ist

### Der Budapester Polizeifunk

Im Telefunken-Bereich ist es so: In Budapest befindet sich neben der bekannten großen Funkstation eine besondere Polizei-Zentral-Radiostation von 0,6 Kilowatt mit ausgedehnten Empfangsanlagen. Dieser Sender steht in direkter unmittelbarer Verbindung mit den Polizei-Radiostationen der Hauptstädte Europas und versorgt außerdem 210 Empfangsstellen innerhalb Ungarns mit Nachrichten. Etwa die Hälfte von ihnen ist über Budapest, der Rest über das ganze Land, hauptsächlich über die wichtigsten Provinzstädte, Eisenbahnknotenpunkte und Grenzorte verteilt.

In der Nähe der Grenze sind noch drei weitere, kleinere Polizeifunkstationen angelegt. Die Stationen arbeiten mit Telephonie und Telephonie auf allen Wellen zwischen 15 und 80 Meter. Sie sind ständig besetzt und betriebsbereit. Beim Zentralstationer in der Landeshauptstadt ist diese Betriebsbereitschaft besonders sichergestellt durch den Einbau eines Dieselmotors, der bei Störungen der Stromzufuhr aus dem Leitungsmast in Funktion tritt. Die Budapester Station liegt inmitten der neu errichteten Polizeikolonie, einer interessanten Siedlung mit sozialistischen Einrichtungen technischer und sanitärer Art für das Polizeikorps.

Diese kleine Mitteilung beweist, daß sämtliche technische Einrichtungen der Wissenschaft gegen die ausgedehnten Stellen sich auswirken. Die Rationalisierung treibt sie aus den Betrieben und der Rundfunk dient zur politischen Unterdrückung.

Man könnte sagen, Zöglerel könnte Horthaus beneiden. Wenn wir nicht wüßten, daß die deutsche Polizei noch viel besser ausgerüstet ist wie sein ungarischer Kollege.

Unalphabetentums. Denn der geistig hilflose, ewig von Langeweile geplagte Alkoholtrinker wird niemals freiwillig vom Alkohol lassen.

#### Die Erfolge

Welches sind nun die Erfolge der sowjetischen Alkoholbekämpfung? Aus dem reichen Zahlenmaterial nur einige Proben:

1913 wurden in Rußland 11.800.000 Hektoliter Schnaps produziert.

#### Was studiert die deutsche Ärzteschaft?

## Lappofaschismus

Ja, das hat der „Deutschen Gesellschaft für ärztliche Studientreisen“ noch gefehlt. Vor uns liegt ihr Rundschreiben vom 17. Juli 1930. Nach dem stupiden, reaktionären Deutschen Versteher in Kolberg müssen „Studientreisen“ unternommen werden.

Auch wir haben den Vorsetz immer dazu geraten. Nach Rußland sollten sie fahren, die verlorene Sowjetmedizin endlich kennen lernen, die soziale Gesundheitsfürsorge des Arbeiterstaates sich ansehen, sein Versicherungsmodell, seine Arbeiterkassen, seine Bekämpfung des Alkoholismus und der Geschlechtskrankheiten, seinen Mutter- und Kinderklub. Welch herrliche Aufgabe wäre es für die Damen und Herren, etwa in den dortigen Abteilungen die ihnen unterliegenden Aborts- und Beschäftigungsschritte zu studieren. Damit sie später darauf drängen könnten, die jetzt in Deutschland wütenden Millionen Abortschritte mit ihren mörderischen Folgen zu beilegen. Damit sie endlich einen anständigen Aufbau unserer Krankenkassen betreiben könnten gegen den deutschen Abbau des Gesundheitswesens.

Es hat nicht sollen sein. 350 Mark kostet eine Studien-

reise nach Rußland. (Reisebüro Intourist, Bahnhof Friedrichstraße.) Offenbar zu billig. 500 Mark kostet die Fahrt ins tschechische Finnland (ohne Getränke). Aber wir können heute schon den Studienbesessenen Medizinern verraten, was es da zu studieren gibt.

1927/28 wurden in Rußland 5.100.000 Hektoliter Schnaps produziert.

1928/29 brannte der Staat noch für eine Milliarde Rubel Schnaps.

1929/30 genügten schon 550 Millionen Rubel.

Für 1931/32 hofft man mit 300 Millionen Rubeln auskommen.

Es verbrauchten auf den Kopf der Bevölkerung (umgerechnet auf absoluten Alkohol) an alkoholischen Getränken im Jahre 1928:

Deutschland	3,66 Liter
Rußland	1,41 Liter

Die Sowjetunion weniger als alle übrigen Länder!

Jeder, der Rußland während der letzten Jahre bereist hat, wird die vom Genossen Swienty geschilderte Entwicklung des dortigen. Die Erfolge der sozialistischen Aufbaus, die damit verbundene Hebung der Wirtschaftslage, der stürmische kulturelle Aufstieg des Arbeiters lassen ihn immer mehr auf das Scheitern des Alkoholismus verzichten.

Dr. med. Lothar Wolf.

## Wohnungsbau und Luftgaskrieg

### Tagung des Deutschen Luftschutzvereins in Stuttgart

In weiten Kreisen des deutschen Volkes besteht leider eine immer noch recht ungenügende Kenntnis von der rührenden Sorgfalt, mit der sich Behörden und offizielle Organisationen der Förderung des Luft- und Gasschutzes widmen. Diese Bemühungen verdienen eine um so größere Anerkennung, weil wir bekanntermaßen in das Zeitalter des ewigen Friedens eingetreten sind, und das Wortchen „Aufschiebung“ im Wortschatz der führenden Staatsmänner eine unbekanntes Kapitel geworden ist. Von diesem Gesichtspunkt aus sollte der vor kurzem in Stuttgart stattgefundenen Tagung des Deutschen Luftschutzvereins größte Beachtung geschenkt werden. Die Teilnehmer an dieser Tagung boten ein buntes, aber im Grunde doch einheitliches Bild. Es waren nämlich vertreten die württembergische Regierung, Universitäten und Hochschulen, die Reichswehr und — der Reichsverband der Deutschen Industrie! Wenn kapitalistische Staatsgemalt, Wissenschaft, Militär und Industrie zur gemeinsamen Beratung zusammentreten, dann kann man sicher sein, daß mit den Interessen der wertvollen Massen Schindluder getrieben wird.

Man nahm auf der Tagung zunächst einen Bericht über die internationalen Verhandlungen über Luft- und Gasschutz entgegen. Dieser Vortrag bereitete insofern keine Enttäuschung, als er feststellte, daß diese internationalen Bemühungen dem erstrebten Ziel noch um keinen Schritt nähergekommen seien — natürlich zum aufrichtigen Bedauern aller Beteiligten. Auch die Verhandlungen in Genf seien vollkommen verfehlt. Der Vortragende schlug eine Resolution an die Reichsregierung vor, in der sie zur Einberufung einer internationalen Konferenz aufgefordert wird, um die genannten Abwehrarbeiten wieder aufzunehmen und den Mißbrauch der Luftverwehrrmittel als Kriegsmittel zu verhindern. Das stellt zweifellos eine Erfolg verheißende Maßnahme dar. Hat doch besagte Reichsregierung zwar die Ausgaben für den Sozialetat, für die Arbeitslosen, für die Kriegsbekämpfung, für die kleinen Rentner gekürzt, aber nur beim Wehretat hat sie keine fallende Sparsamkeit walten lassen.

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag über „Neue Gesichtspunkte zu dem alten Problem des Wohn- und Siedlungswesens“ von Herrn Berthold, Mitglied der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnwesen sowie des Reichswirtschaftsrates — also jener Organisation, die von der SPD schon als ein Stück Sozialismus gepriesen wird. Unter „neuen Gesichtspunkten“ verstand Herr Berthold sehr einfach die kriegstechnische Betrachtungsweise des Wohn- und Siedlungswesens. Er bewies, daß mit Rücksicht auf die Gefahren des Luft- und Gaskrieges der Kleinhausbau entschieden vorzuziehen sei. Welche Verhütung für die Bourgeoisie mit ihren Villen und Landhäusern! Allerdings müßte auch dort für besondere Luftschutzmaßnahmen gesorgt werden. Die dadurch verursachten Mehrkosten der Bauausführung betragen höchstens 5 bis 6 Prozent — eine Kleinigkeit für die Reichen.

Sehr bemerkenswert war keine Forderung, bei den vorbereitenden Städtebaugesetzen die Berücksichtigung des Luftschutzes ausdrücklich zum Gesetz zu erheben. Das bedeutet: Schaf-

fung einer neuen, legalen Ausüstungsmöglichkeit für die deutsche Bourgeoisie, wobei noch für die Verfertigung ungewöhnlich günstige Voraussetzungen bestehen. Hierher gehört beispielsweise das Verlangen nach „Schutz der industriellen Werke“ — ein äußerst weitgehender Begriff! Schließlich schlug Herr Berthold noch vor, die Wohnviertel von den industriellen Anlagen zu trennen — eine ziemlich überflüssige Forderung, weil die Bourgeoisie diesen Rat ohnehin längst befolgt hat und es den Arbeitern überläßt, den Staub und Ruß der Fabriken auch während ihrer Freizeit zu schlucken.

In einem Vortrag über die Schäden und die Bekämpfung der Kampfgase meinte ein Breslauer Professor, die allgemeine Kenntnis von der Wirkung und den Bekämpfungsmöglichkeiten der chemischen Stoffe nehme der chemischen Waffe ihre schlimmsten Schrecken und vermindere ihre Wirksamkeit. Da aber eine wirkliche, allgemeine Kenntnis der chemischen Waffe nur geringfügig sein kann, ihre fürchterliche und barbarische Wirkung in voller Klarheit zu zeigen, bestellte der Herr Professor mit diesen Worten, daß die offizielle Wissenschaft es heute als ihre Aufgabe betrachte, die Wertigkeiten tatsächlich in Kenntnis zu halten, die proletarischen Schreie zu benehmen und die psychologischen Widerstände gegen den imperialistischen Krieg, bei den politisch Unaufgeklärten schon jetzt zu befeitigen. In ihrer Gesamtheit zeigte die — gewiß eindrucksvolle — Tagung, mit welchem Eifer die Bourgeoisie ihre Kriegsvorbereitungen trifft und dabei ganz unberührt von dem kommenden Kriege spricht. Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, den Kriegstreibern in die Arme zu fallen und gemeinsam mit der kommunistischen Partei den Kampf gegen den imperialistischen Krieg durchzuführen.

Chemikus.

## „Friede, Freiheit, Brot“

### Ein „Revolutionäroman“ von Alfred von Weihenburg

Der Held dieses Buches ist der „Norman“-Revolutionär Werner, der sich zu einer nationalsozialistischen Umgestaltung „hindurchringt“.

Natürlich nicht ohne weibliche Hilfe.

Sie heißt Elise, hat schon vor dem Kriege als Schillerin von Rudolf Steiner und Raurenbrecher mit Begeisterung „Heil die im Siegetrang“ geungen, weil sie „als Sozialistin das Lied sehr schon findet“. Werner ist ganz hin, wenn ihr arischer Mund so angeregt zu plaudern vertritt: „Die einzige von der ganzen Judentumsgesellschaft, die meine antilemischen Intuitione nicht reizte, war die Frau Stod aus der Kolonie Grünwald. Das war doch tatsächlich eine angenehme, kultivierte Jüdin. Grabauer ist doch wohl ihr Bruder?“

Der Fried-Professor für Rollenforschung an der Kaisertrutz Jena hat auf Anregung Hitlers folgende interessante Entdeckung gemacht: Juden, die in einer Grünwaldvilla wohnen und hohe Staatsbeamte zu Verwandten haben, hinken nicht.

Und da sie selbst nicht hinken, kann auch ihr Geld nicht hinken.

Slang.

# Was erwarten wir am Sonntag?

Ein Axt sagt das andere. Schon Sonntag sah man die roten Fußballer des 2. Fußballbezirks bei den verschiedenen Klubsportarten aktiv oder passiv. Trotz der sehr schlechten witterunglichen Lage wachen es fast alle Sportler möglich, ihre Solidarität den Brüdern zu beweisen. So bringt uns auch der kommende Sonntag wieder zwei Sportfeste. In Jichahmisch und in Graupa wird man die roten Arbeiterkämpfer unter totem Banner wahrnehmen sehen. Die Jichahmischer Genossen, die sich doch schon herausgemacht haben, verpflichteten natürlich wieder einen sportlichen Gegner im Fußball. Diesmal kommt aus der Graupa oder Chemnitzer Pflege, nein, sondern der Partiner heißt B 12. Die beiden Mannschaften sind uns als sehr gut, normalermaßen bekannt, so daß hier ein Spiel zu erwarten ist, wobei wohl der Höhepunkt des Festes darstellen wird. Zur Jichahmisch eine sportliche Teilnahme, und eine Teilnahme soll man sich nicht eingehen lassen. Die Graupa aber wollten schon lange ihr Sportfest abhalten, doch durch die Pandemiewahl mußte dies bereits schon verfallen werden, und an einem anderen darauffolgenden Sonntag Hauptes es hier nicht recht. Doch dafür sollen sie entschädigt werden und die revolutionäre Arbeiterkämpfer von Graupa und Ang wird sich rechtlich an dieser sportlichen Veranstaltung beteiligen. In Kreitzsch spielen das ehemalige beide Mannschaften auf südlichem Gelände. Hier heißen die Gegner, Cottbusener, Janderode. Besondere Aufmerksamkeit wird das Spiel 01 1-Kreitzsch 1 erregen, was ebenfalls in Kreitzsch stattfindet. Anfang 14 Uhr.

### Verbandsspiele:

**Sportfreunde Süd, Schweiß-Süd-Helios (16.30 Uhr in Kreitzsch).** Die Teilnehmer werden nach Kreitzsch fahren, um den Vereinten ein Spiel vorzuführen, was bestimmt nach erster Hälfte trocken wird. Die Punkte kann man wohl den Dresdenern schon zu sprechen, obwohl Sportfreunde sehr gut zu kämpfen werden. Die Wackerer müssen mit einer guten Hintermannschaft aufwarten, da sonst die Gäste etwas zu hoch triumphieren können. Wie ganzes Sport haben alle Sportinteressierten in Kreitzsch u. Ang vor sich. Süd-Helios haben eine unierer besten 1. Mannschaften. Pfeifer ist Gen. Schlegel aus Pirna.

**Dohna-Kottmendorf (17 Uhr; Schiri Leopold, Seidenau).** Das ist eine offene Sache! Dohna fertigte am vergangenen Sonntag bei Süd-Helios den SB 01 mit 0:0 ab. Das dürfte den Kottmendorfern zu denken geben. Wenn sich die Gäste etwas mehr Mühe geben wie SB 01 am vergangenen Sonntag, dann scheitern sie bestimmt besser ab. Dieses Torbu nimmt gewiss einen interessanten Verlauf.

**Graupa-Rähnitz (17 Uhr; Schiri Jährner, Dohna).** Hier ist man sich im unklaren, weil letztlich alle beide nicht recht überzeugen konnten. Die Rähnitzer werden aber zum Graupaer Sportfest alle Hände mitbringen und dann wird es schon funktionieren. Graupa hat allerdings den Vorteil des eigenen Platzes. Das Spiel ist jedem zu empfehlen, da beide Teile rühmliche Kampfmannschaften besitzen.

**Janderode-Cohmannsdorf (16 Uhr in Kreitzsch; Schiri Weier, Kottmendorf).** Zwei Gegner aus der Kreitzscher Pflege treffen hier aufeinander. Ein hartes Ringen um die Punkte kann man hier befürchten, aus dem der Glücklichere als Sieger hervorgehen wird. Wer nun gern den Sieger wissen will, der überzeuge sich persönlich von diesem Spiel. Den Cohmannsdorfern rechnet man allerdings etwas mehr Erfahrung zu, aber die Janderoder Genossen lassen sich nicht gern schlagen. Wir erwarten Bericht.

**Doberschau-Südendorf (17 Uhr; Schiri von Jichahmisch).** Die Südendorfer Genossen freuen sich schon auf diese Fahrt in die Oberlausitz. Am letzten Spielsonntag konnten sie sehr gut gefallen.

so daß sie mit Eingesehnungen nach Doberschau fahren können. Die Doberschauer Einmännlichkeit bekommt einen unierer würdigen Vereine zu leben, was sie sich bestimmt nicht eingeben lassen möchte. Doberschau verfügt ebenfalls über gute Kräfte. Auf den Ausgang dieses Treffens ist man gespannt.

### Sonntag, den 16. August 1930:

**12-Deuben (18 Uhr; Schiri Kuntz, 1885).** Sapperlot, die Deubener haben sich schon herausgemacht, und Cunnendorfer wird sich wundern, wenn die Gäste mit einer ganz habilen Mannschaft antreten. Freie Mannschaften sind au-gereagte Kampfmannschaften, so daß man hier etwas verpaßt, wenn man sich dieses Spiel nicht ansieht. Vielleicht erregt man auch ein Unentschieden. Also Großkampf in Cunnendorfer!

### Sonntag den 17. August

**A-Klasse:** Süd-Helios 1-Süd-Helios 1 (10); Dohna 1 gegen Kottmendorf 1 (17); Graupa 1-Dohna 1 (17); Janderode 1-Cohmannsdorf 1 (17 Uhr in Kreitzsch); Doberschau 1 gegen Südendorf 1 (17); SB 1-Deuben 1 (15).  
**B-Klasse:** Jichahmisch 2-Süd 2 (9); Pirna 2-Cunnendorfer 2 (10); Dohna 2-Janderode 2 (15).  
**SB-Klasse:** Süd-Helios SB-Deubener SB (9); Dohna SB gegen Pirna SB (9).  
**SA-Klasse:** Süd-Helios 3-Deubener 3 (10.30); Jichahmisch 3 gegen Pirna 3 (10.30); Süd-Helios 2-Dohna 3 (11).  
**SB-Klasse:** Süd-Helios 4-Janderode 3 (14); Jichahmisch 4 gegen Cohmannsdorf 3 (14); Seidenau 2-01 2 (9).  
**Jugendklasse A:** Süd-Helios-Jichahmisch (11.30); Graupa gegen Pirna (10.30); Deubener 2-Dohna (11); Fortschritt-Süd (9).  
**Jugendklasse B:** 01-Cohndau (9).

## Der Ruf nach Polizei im Niederfedlitzer Gemeindebad

Der SPD-Kantinenwart und Bademeister Höhne fand seinen Gehalt an einem Montag den 11. August im Niederfedlitzer Gemeindebad zurückgelassen. Die aus dem NSD ausgegliederten Schwimmer kamen, wie immer, zum arbeitsamen Schwimmen und besprachen gerade die Möglichkeiten einer Verbesserung der Schwimmkassen, da — — — schon der belagte Bademeister aus seinem Zimmer heraus und brüllte etwa folgendes: „Das ist's hier nicht! Wenn meinen Anweisungen nicht Folge geleistet wird, hole ich die Polizei!“ Die Arbeiterportier gingen auf die Proclamation nicht ein, nachher sie stelmehr hierdurch in aller Deutlichkeit fest!

## Lange überlegen — ?

Nein! — Dazu fehlt uns jetzt die Zeit! Die Partei hat in Verbindung mit dem Wahlkampf eine Werbung für die Presse beschlossen. Nehmt sofort dazu Stellung, betraut Genossen mit den erforderlichen Vorarbeiten, legt die Werbetage fest und meldet diese sofort dem Verlag

## „Der 30 endlich die Zunge gelöst“

**Vollzeitsungsmache in „Sportpolitik“**  
In jellen großer Aufmachung kommt die Dresdener Zeitung ihren Triumphzug hinaus. Sie schreibt: „Die anhaltende Bemesselung der sozialdemokratischen Presse über die Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien (30) gezwungen, keine Taktik des Schwermens aufzuweisen, sondern die Umkleung beigetragen haben. Der politische Wert, der sich unternehmen, auf einige der Beweise einzugehen, die Ausführungen sind die Stilligkeit selbst und lassen sich kaum vorum sich der Mann bei Monaten gedrückt hat, vorher zu sein.“

Arm an Geist, arm an Argumenten — sind die Redaktionen der Volkszeitung. Sie müssen ihre Angriffe auf die 30 als Partei beziehen, weil sie auf die durch uns veröffentlichten Beweise nicht antworten können. Warum löst sich die Junge der Volkszeitung nicht, wenn wir schändliches Material veröffentlicht?

## Kommunismus oder Faschismus?

Pirna, Sonntag den 16. August 20 Uhr im Volkshaus Pirna öffentliche Versammlung. Thema: „Kommunismus oder Faschismus?“ Reichhold von der NSDAP wird hierdurch öffentlich aufgefordert, keine schändliche Nazipolitik zu betreiben.

## Sportler geben für den Wahlsonntag der NSD

In der Monatsversammlung der oppositionellen Turn- und Sportvereine Wagdeburg-Südost wurde eine Teilerhebung für den Wahlsonntag der NSD vorgenommen, die einen Betrag von 521 Mark ergab.

## Aus Organisationen und Vereinen

**Die Naturfreunde, Ortsgruppe Dresden, Ortsgruppe 203**  
17. A. Schiedeler Berg, 18. A. Schiedeler Berg, 19. A. Schiedeler Berg, 20. A. Schiedeler Berg, 21. A. Schiedeler Berg, 22. A. Schiedeler Berg, 23. A. Schiedeler Berg, 24. A. Schiedeler Berg, 25. A. Schiedeler Berg, 26. A. Schiedeler Berg, 27. A. Schiedeler Berg, 28. A. Schiedeler Berg, 29. A. Schiedeler Berg, 30. A. Schiedeler Berg.

## AM KOPFHÖRER

Sonntag, den 16. August  
16.30: Nachmittagskonzert. 18: Kunststunde. 19: Wetternormausgabe und Zeitungsabgabe. 19.25: Vortrag: Kulturdeutsch 19.45: Kurzelekturen. 19: Kaiser Störmer (Trotz) Bericht über seine Tibet-Expedition. 19.30: Schallplattenkonzert. 20.30: Eau de Cologne (Schwanz in 4 Aufzügen). 22: Zeitungsabgabe, Wetternormausgabe, Preisbericht, Bekanntgabe des Ernährungsprogramms und Sportfunk. Anschließend bis 00.30: Tanzmusik.

Wohnung für Politik und Gemeinheitsdienste: Ernst Schiller, 11. A. Berlin, für Politik, Sport und Kultur: Willi Kasper, Dresden, für Politik: Walter Kasper, Dresden. — Verlags- und Vertriebsstelle: m. d. A. Dresden — Druck: Pirna, Adolf Zorn

## Ämtliche Bekanntmachung

**Cohmannsdorf**  
Die Bezirkshebamme Frau Klara Hornikel wird in der Zeit vom 16. bis 31. August 1930 beurlaubt. Sie wird vertreten durch die Bezirkshebamme Frau Ottilie Djalles, Kadonau, GutsMuths-Str. 1.

**Schau-burg**  
AB FREITAG DEN 13. AUGUST  
DER ERGREIFENDE SITTENFILM AUS DEM ZARISTISCHEN RUSSLAND  
— HAI TANG —  
**DER WEG ZUR SCHANDE**  
Die weltberühmte Chinesin  
ANNA M'Y WONG 'INGT u. -PI' ICHT DEUTSCH  
FRANZ LEDERER / G. LORG SCHNELL  
Täglich 6.15, 8.30; Sonntags 4, 6.15, 8.30

**Kausfrauen!**  
kaufen am billigsten  
**die gute Butter**  
Nur bei 78 Pfennig  
im Butterhaus  
Ammonstraße 29  
und Poggitz 9

**Streichf. Farben**  
Lacke aller Art  
Schablonen  
Pinsel / Bürsten  
Bohnerwachs  
preiswert und gut  
Lack- u. Farbensgeschäft  
**Curflechtig**  
Pirna  
Bahnhofstr. 27, Ruf 108

**Hansa-Theater**  
Görlitzer Straße 18  
Freitag, den 16. August bis Montag, den 19. August  
Der große Stiefel!

**Gefahr der Brautzeit**  
mit Marlene Dietrich. Der Liebestrom einer Frau.  
Dazu ein schönes Nebenprogramm.

Wo ist die beste und gemütlichste Einkehrstätte? Bei  
**Bernhard Hempel**  
Pirna, Schuhgasse  
Gute Speisen und Bier / Verkauf von  
Käse und im Laden / Prima Wurst  
Pötte in Dinsten-Leben, Palmstraße  
mit Neustädter Markthalle.

**Leihweise**  
Gleichbürsten  
und Leibern  
Friedr. Karl Schaal  
Lacke, Farben, Malereibedarf  
Dresden-N. Hechtstraße 17. Telefon 51805  
Lieferung frei Haus

**Bettfedern-Reinigung mit elektr. Betrieb (hygienisch)**  
**Marie Steiner**  
Meißen, Blossenweg 2

**KAPPEL**  
Eine Spitzenleistung deutscher Wartarbeit  
Maschinenfabrik Kappel, Chemnitz  
Zusätzliche Vertretung: Curt Träger,  
Dresden-A 1, Zirkusstraße 7, Ruf 15950

**Wurst billig u. gut**  
Holsteiner Plockwurst 1/4 Pfund 45  
Holsteiner Zervelatwurst 1/4 Pfund 45  
Saftschinken in Dos. 1/4 Pfd 60  
Vorderschinken in Dos. 1/4 Pfd 60  
Nackenschinken in Dos. 1/4 Pfd 65  
Rippenspeer knochenl. 1/4 Pfd 65  
Salamiwurst la... 1/4 Pfund 55  
Zervelatwurst la... 1/4 Pfund 55  
Schinkenplockwurst 1/4 Pfd. 55  
Schlackwurst, feinste, 1/4 Pfd. 65  
Bierwurst sehr fein... 1/4 Pfund 45  
Wiegebraten in Blöcken... 1/4 Pfund 40  
Blutwurst in Dosen... Dose 65  
Leberwurst in Dosen... Dose 60  
Würstchen in Dosen  
4 Paar, 360 g Frischgew. 1.30, 3 u. 4 Paar, 180 g Frischgew. 80  
Bockwurst in Dosen... Stück 28  
**Kassler Rippenspeer**  
1/4 Pfund 40 Pf.  
Abgabe nur an Mitglieder  
**Konsumverein**  
**VORWÄRTS**

**Optiker Pocherl**  
Fachgeschäft für Augengläser  
Freital-Poitschappel  
Dresdener dem Rathaus  
Lieferant für Krankenkassen

**LESER** beruft euch bei Einkäufen auf die Arbeiterstimme!